

Vorwärts

Berliner Volksblatt.

Centralorgan der socialdemokratischen Partei Deutschlands.

Abonnements-Bedingungen:
 Abonnements-Preis pränumerando:
 Vierteljährlich 3,00 Mk., monatlich 1,10 Mk.,
 wöchentlich 25 Pf. frei ins Haus.
 Einzelne Nummer 5 Pf. Sonntags-
 Nummer mit illustrierter Sonntags-
 Beilage „Die Neue Welt“ 10 Pf. Post-
 Abonnement: 3,00 Mark pro Quartal.
 Eingetragen in der Post-Verzeichnungs-
 Preisliste für 1899 unter Nr. 7820.
 Unter Kreuzband für Deutschland und
 Oesterreich, Ungarn 2 Mark, für das
 übrige Ausland 3 Mark pro Monat.
 Erscheint täglich außer Montage.

Die Insertions-Gebühr
 beträgt für die sechsgepalte Kolonne
 jeite oder deren Raum 40 Pf., für
 politische und gewerkschaftliche Vereins-
 und Versammlungs-Anzeigen 30 Pf.,
 „kleine Anzeigen“ jedes Wort 5 Pf.,
 (nur das erste Wort frei). Inserate für
 die nächste Nummer müssen bis 4 Uhr
 nachmittags in der Expedition abgegeben
 werden. Die Expedition ist an Wochen-
 tagen bis 7 Uhr abends, an Sonn- und
 Festtagen bis 8 Uhr vormittags geöffnet.
 Fernsprecher: Amt 1, Nr. 1506.
 Telegramm-Adresse:
 „Socialdemokrat Berlin“

Redaktion: SW. 19, Benth-Strasse 2.

Donnerstag, den 24. August 1899.

Expedition: SW. 19, Benth-Strasse 3.

Parteigenossen!

Raut Beschluß des vorjährigen Parteitag findet der diesjährige in Hannover statt.

Auf Grund der Bestimmungen der §§ 7, 8 und 9 der Partei-Organisation beruft die Parteileitung den diesjährigen Parteitag auf **Montag, den 9. Oktober**

aach Hannover in den „Ballhof“, Burgstr. 9, ein.

Als provisorische Tagesordnung ist festgesetzt:

Montag, den 9. Oktober und die folgenden Tage:

1. Konstituierung des Parteitag. Wahl des Bureaus.

Festsetzung der Geschäfts- und Tagesordnung, Wahl einer Kommission zur Prüfung der Mandate.

2. Geschäftsbericht des Vorstandes.

3. Bericht der Controleure.

4. Bericht über die parlamentarische Thätigkeit.

5. Die Justizhausvorlage vor dem Reichstage.

6. Erörterung über Punkt 8 des Programms.

7. Die Angriffe auf die Grundanschauungen und die taktische Stellungnahme der Partei.

8. Die Kaiserfeier 1900.

9. Anträge zum Programm und zur Organisation.

10. Sonstige Anträge.

Für Sonntag, den 8. Oktober, ist seitens der Parteigenossen Hannovers eine Empfangs- und Begrüßungsfeier vorgesehen. Dieselbe findet von nachmittags 3 Uhr ab im „Palmengarten-Konzertsaal“, Eingang Göttestraße, statt.

Die Adresse des Lokalkomitees ist:

Kugust 1 Lohrburg, Hannover, Burgstr. 9.

Parteigenossen! Wir fordern Euch nun auf, die erforderlichen Vorarbeiten zu treffen, insbesondere die Wahl der Delegierten und die Einreichung der Anträge rechtzeitig zu bewirken. Die Anträge müssen spätestens den 15. September in den Händen des Vorstandes, Adresse:

J. Auer, Berlin SW., Kaybachstr. 9 I

sein, wenn sie entsprechend den Bestimmungen des § 8 Absatz 2 der Partei-Organisation im „Vorwärts“ veröffentlicht werden und in die gedruckte Vorlage für den Parteitag Aufnahme finden sollen.

Anträge von einzelnen Parteigenossen bedürfen der Gegenzeichnung des Vertrauensmannes, falls sie zur Veröffentlichung und Beratung gelangen sollen.

Die Parteigenossen, die zum Parteitag kommen, werden ersucht, von ihrer Delegation dem Vorstand und dem Lokalkomitee rechtzeitig Mitteilung zu machen, damit dieses in Bezug auf Quartier u. die notwendigen Vorbereitungen treffen kann.

Mandatsformulare, mit deren Besetzung am 8. September begonnen wird, sind durch das Parteibureau, Adresse J. Auer, Berlin SW., Kaybachstr. 9 I zu beziehen.

Die Genossen, welche Anträge einreichen, werden darauf aufmerksam gemacht, daß etwaige, den Anträgen beigegebene Motive weder im „Vorwärts“ noch in der dem Parteitag vorzuliegenden gedruckten Vorlage Aufnahme finden können. Die Genossen haben das Recht, ihre Anträge auf dem Parteitag entweder persönlich zu vertreten oder durch befreundete Genossen vertreten zu lassen; außerdem empfiehlt es sich, wichtige Anträge vor dem Zusammentritt des Parteitages in der Presse zu erörtern. Die Motive aber in die Parteitagsvorlage aufzunehmen, verbietet sich aus räumlichen Rücksichten und der damit verknüpften unvermeidlichen Wiederholungen willen.

Berlin, den 8. August 1899.
Mit socialdemokratischem Gruß
Der Parteivorstand.

Haus-Agrarier.

Bereits im vergangenen Jahre beschäftigte sich der Centralverband der städtischen Haus- und Grundbesitzer-Vereine Deutschlands mit der Frage: Wie können wir den durch das Bürgerliche Gesetzbuch uns auferlegten Pflichten ein Schicksal schlagen und die Rechte, welche das Gesetz dem Mieter einräumt, aufheben? Die Ansicht, daß von den Hausbesitzern ein Mietvertrag für ganz Deutschland geschlossen werden müsse, der die Pflichten des Vermieters auf die Schultern des Mieters lege, wurde dort lebhaft vertreten. Nicht minder stark gelangte die Auffassung zur Geltung, der Vermieter müsse unter allen Umständen das Recht haben, aus x-beliebigen Ursachen heraus bei der geringsten Vertragsverletzung den Mieter aus der Wohnung zu setzen und außerdem die Miete einzuziehen.

Bei Beratung des Bürgerlichen Gesetzbuchs hatten die Socialdemokraten eine dahingehende Tendenz der Haus-Agrarier betont

und deshalb zwei Anträge vorgeschlagen. Der eine ging dahin, daß nur bei erheblichen Verletzungen der Rechte des Vermieters ein Exmissionsrecht gegeben sein solle. Dieser Antrag gelangte in der Sitzung vom 20. Juni 1898 zur Annahme und ist in das Gesetz übergegangen. Ein weiterer Antrag ging dahin, Verträge für ungültig zu erklären, in denen der Mieter eines Grundstücks aus anderen als in dem Gesetz ausdrücklich ausgesprochenen Gründen dem Vermieter das Recht einseitiger Aufhebung des Mietvertrages oder des Rücktritts vom Mietvertrage einzuräumen oder sich einer Konventionalstrafe in einer größeren Höhe als eines Wochenzinses unterwirft. Dieser letztere Antrag wurde leider abgelehnt. Gegenüber der offenen Kriegserklärung der städtischen Agrarier gegen die Bestimmungen des Bürgerlichen Gesetzbuchs bedauerten im vergangenen Jahre selbst nationalliberale und konservative Blätter, daß dieser socialdemokratische Antrag nicht zur Annahme gelangt war.

In diesem Jahre sind die Hausagrarier abermals zusammengetreten. Abermals haben sie beraten, wie der Not der armen Hausbesitzer gesteuert werden könne. Einigkeit macht stark. Hausbesitzer aller Gauen, vereinigt Euch, gemeinsam ein Formular zu einem Mietvertrage zu entwerfen, war die Parole auf diesem Kongresse des Centralverbandes. Die Versammlung des Centralverbandes stimmte am 10. August dem Entwurf eines Mietvertrages bei, der den Mieter auf Gnade und Ungnade der Willkür des Hausbesitzers überliefert und den Hausbesitzer selbst von jeder Verpflichtung mit Ausnahme der, die Miete in Empfang zu nehmen, befreit sollte. Als Grundzüge für diesen Vertrag haben die bekannten halsabschneidenden Berliner Mietverträge gebildet.

Nach dem Bürgerlichen Gesetzbuch hat der Vermieter die Pflicht, die Wohnung in ordnungsmäßigem Zustand zu erhalten. Diese Pflicht des Vermieters geht nach dem Vertrage auf den Mieter über. Der Mieter verzichtet in dem Vertrage ferner auf die ihm sonst nach dem Bürgerlichen Gesetzbuch zustehenden Entschädigungsansprüche für die Abnahme von Afermierten. Nach dem Bürgerlichen Gesetzbuch kann der Mieter, falls nichts anderes vereinbart ist, die Wohnung in ordnungsmäßiger Weise benutzen, das Formular verbietet ihm, andere Personen als Frau, Kinder, Bedienstete und die eigenen Familienangehörigen in die Wohnung anzunehmen. Das Bürgerliche Gesetzbuch bereitet die der Frau gehörigen Sachen von der Pfandhaftung für die Miete. Nach dem neuen Formular soll nur mit Mann und Frau Vertrag geschlossen werden, dann würden also die Sachen der Frau vollständig haften. Nach dem Bürgerlichen Gesetzbuch steht es jedem frei, seine Forderungen aufzuzurechnen. Das Formular läßt den Mieter auf die Aufrechnung von Gegenforderungen verzichten. Demnach würde z. B. ein Schuhmacher, der solchen Vertrag unterschrieben hat, nicht berechtigt sein, 40 Mk., die der Hauswirt für gelieferte Schuhe schuldet, auf die Mietsschuld anzurechnen. Und in dieser Art geht es in dem Vertrage weiter. Unterrichtet sich jemand solchen Verträge, so begiebt er sich sämtlicher Rechte, die das Bürgerliche Gesetz ihm einräumt, und begiebt sich in die Gefahr, aus allen möglichen Anlässen ermittelt zu werden. Allerdings haben die Herren Hausbesitzer bei ihrem Bestreben, das Gesetz durch Vertrag umzumodeln, die Rechnung teilweise ohne den Wirt gemacht. Die Bestimmungen des Vertrages sind teilweise ungültig, können wenigstens in verschiedenen Fällen für ungültig erklärt werden. Der Charakter des Vertrages und seine juristische Unzulänglichkeit mag an einigen Beispielen hier skizziert werden.

Nach dem Bürgerlichen Gesetzbuch kann der Vermieter nur in folgenden Fällen ohne Einhaltung einer Kündigungsfrist auf Exmission klagen: 1. wenn der Mieter einer Abmahnung des Vermieters ungeachtet einen vertragswidrigen Gebrauch der Sache fortsetzt, der die Rechte des Vermieters in erheblichem Maße verletzt, insbesondere einem Dritten den ihm unbenutzt überlassenen Gebrauch beläßt oder die Wohnung durch Vernachlässigung der dem Mieter obliegenden Sorgfalt erheblich gefährdet; 2. wenn der Mieter für zwei auf einander folgende Termine mit der Entrichtung des Mietzinses oder eines Teils des Mietzinses im Verzuge ist. Die Kündigung ist ausgeschlossen, wenn der Mieter den Vermieter vor der Kündigung befristet. Ferner steht das Bürgerliche Gesetzbuch im § 555 noch fest, daß wenn der Vermieter von diesen Exmissionsgründen Gebrauch macht, er den für eine spätere Zeit entrichteten Mietzins zurückerzahlen muß. Die Miete ist, falls nichts anderes verabredet ist, nach dem Bürgerlichen Gesetzbuch nach Gewährung der Wohnung pränumerando zu zahlen.

Der von den in Ebersfeld zusammengetretenen Behausungsräten entworfenen Vertrag enthält dem entgegen folgende Bestimmungen: 1. Die Miete ist im Voraus zu zahlen. 2. Wird sie nicht innerhalb drei Tagen nach Fälligkeit bezahlt, so ist der Vermieter zur Exmission mit dreitägiger Kündigungsfrist berechtigt. 3. Die Nichtbeachtung der Hausordnung giebt nach dreimaliger Mahnung dem Vermieter das Recht zur Exmission mit dreitägiger Kündigungsfrist. 4. Macht der Vermieter von seinem Exmissionsrecht Gebrauch, so bleibt der Mieter dem Vermieter für die ganze Vertragsdauer haftbar.

Um derartig halsabschneidenden Verträgen entgegen zu treten, ist die Bestimmung im Gesetz getroffen, daß nur erhebliche Vertragsverstöße, also z. B. nicht die Verstöße gegen die üblichen Hausordnungs-Paragrafen, ein Exmissionsrecht geben können. Diese Bestimmung steht also dem Exmissionsgrund wegen Verletzung eines Hausordnungs-Paragrafen zweifellos entgegen.

Der Ebersfelder Hauspacht-Vertrag ist aber noch aus anderen Gründen in vielen Fällen ungültig. Er verstößt gegen die guten Sitten. Durch die Bestimmung, daß ein Vertrag, der gegen die guten Sitten verstößt, nichtig sein soll, (§ 138 Absatz 1 Bürgerliches Gesetzbuch) ist zum Ausdruck gebracht, daß Verabredungen ungültig sind, die nach allgemeiner durch die Sitten betätigter Anschauungen gegen die Regeln verstoßen, die für das Verhältnis der Menschen zu einander maßgebend sein sollen. Diese Regeln finden ihren Ausdruck in der Sitten, im Rechtsgefühl und schließlich im Gesetz. Sie wurzeln in den wirtschaftlichen Verhältnissen. Wandelbar in stetem Flusse wie diese sind auch Rechtegefühl, Sitten und Gesetz, die von ihnen abhängen. Hat endlich in den gewaltigen Klassenkämpfen ein dem Auge und Ziele der Zeit entsprechender Rechtsfalsch durch Gesetz Anerkennung gefunden, so haben die „guten Sitten“ in der Anerkennung dieses Rechtsfalsches einen Ausdruck gefunden. Es kann das Gesetz, ohne mit sich selbst in Widerspruch zu geraten, keinen Verträgen Rechtsfalsch verleihen, welche gegen diese anerkannten Rechtsfalsche verstoßen, mögen sie auch diesen Verstoß durch formelle Benutzung derjenigen Bestimmungen, welche die Vertragsfreiheit schützen, herbeizuführen suchen. Der Gesetzgeber

hat im Bürgerlichen Gesetzbuch, trotz aller diesem Gesetz anhaftenden Mängel, klar zu erkennen gegeben, daß es der guten Sitten, daß es der Rechtsgemeinschaft nicht entspricht, die Vertragsfreiheit zur Umgehung der im Interesse der wirtschaftlich Schwächeren gegebenen Bestimmungen zu mißbrauchen. Die Exmissionsklauseln des Ebersfelder Vertrages enthalten aber einen solchen Mißbrauch der Vertragsfreiheit gegenüber dem wirtschaftlich Schwächeren.

Für nichtig erklärt das Bürgerliche Gesetzbuch einen Vertrag, der gegen die guten Sitten verstößt, für nichtig einen Vertrag, der widerrechtlich ist. In innerem Zusammenhange hiermit erklärt es die Ausübung eines Rechts für unzulässig, wenn sie nur den Zweck haben kann, einem anderen Schaden zuzufügen. (§ 226.) Die Rechtsordnung und Gesetzgebung ist nicht ihrer selbst willen da, sondern zur Verwirklichung der Zwecke der menschlichen Gesellschaft. Diese weist auf gegenseitige Unterstützung an: nur im Verein mit seinem Mitmenschen vermag der Einzelne etwas, ihm werden Rechte eingeräumt, seine Rechte geschützt im Allgemeininteresse. Wenn auch die Rechtsordnung noch weit davon entfernt ist, das Interesse der Gesamtheit betruht als das Maßgebende zu betrachten, so will sie andererseits doch demjenigen den Rechtsfalsch verweigern, der sein formelles Recht lediglich zur Chiffre, zur Schädigung seines Nebenmenschen benutzen will. Das thut aber der Centralverein deutscher Hauspächter, wenn er das Umherstreifen vor der Hausthür, das Klappen mit Pantinen, das Halten eines Kanarienvogels oder sonstige Bestimmungen einer Hausordnung mit einer Exmission beantwortet wissen will. Der Vertrag nimmt von halsabschneidenden wucherischen, gegen die gute Sitten verstößenden Vorschriften. Die Bestimmung des Ebersfelder Vertrages, daß schon einmalige Nichtzahlung der Miete zur Exmission berechtigt, erscheint um so ungerühflicher, als gleichzeitig Vorauszahlung vereinbart ist.

Den guten Sitten im höchsten Grade widersprechend ist die Bestimmung, welche Zahlung des Mietzinses für die ganze Dauer des Vertrages trotz der Exmission verlangt. Schon heute werden ja solche Klauseln, insbesondere in Großstädten, häufig vereinbart; sie werden heute für gültig erachtet. Anders sieht es nach den Bestimmungen des Bürgerlichen Gesetzbuchs. Es kann dahin gestellt bleiben, ob solche Klauseln unter allen Umständen direkt in u d e r i c h e sind, jedenfalls verstoßen sie gegen die guten Sitten: es ist mit diesen unvereinbar, daß jemand volles Entgelt für die Benutzung einer Wohnung erhält, wiewohl die Benutzung dem Mieter entzogen ist. Juristisch hat man solche Vereinbarungen als Abreden über Konventionalstrafe zu kennzeichnen versucht. Unangemessen hohe Konventionalstrafen soll, nach dem Bürgerlichen Gesetzbuch, der Richter auch dann auf einen angemessenen Betrag herabsetzen, wenn solche Vereinbarung nicht ohne weiteres als wucherische oder gegen die guten Sitten verstößende zu erachten ist.

Verständliche Richter werden nach all dem in vollem Umfang die angeführten Klauseln des Ebersfelder Vertrages in vielen Fällen für ungültig erklären. Allenfalls kann unter bestimmten Verhältnissen die Klausel für gültig erachtet werden, nach der im Fall nicht pünktlicher Zahlung Exmission vereinbart werden kann. Dem Richter steht es dann frei, von der auf Antrag der Socialdemokraten ihm eingeräumten Befugnis Gebrauch zu machen, dem Mieter eine angemessene Frist zur Räumung der Wohnung zu setzen. Ferner hätte der Richter in solchen Fällen auf Antrag des Mieters festzusetzen, daß die Entschädigung nicht in der Summe bestehen soll, die für die Dauer des Vertrages zu zahlen gewesen wäre, wenn der Vertrag angewohnt wäre, daß vielmehr nur ein angemessener Betrag, etwa ein Wochenmietzins, dem auf seinem Scheine behaftenden Schloß zu zahlen sei. Es wird also in der Praxis die Suppe von den Mietern nicht so heiß gegessen werden, wie sie ihnen von den Hausbesitzern in Ebersfeld gelocht ist.

Aber wer vermag mit Sicherheit vorauszusagen, wie in solchen Fällen entschieden werden wird? Die veränderlichsten Entscheidungen sind möglich. Eine Rechtsfalschheit ist ohne besondere Bestimmungen ebenso wenig wie eine Rechtsfalschheit auf diesem Gebiete zu erwarten. Eine unendliche Reihe von Prozessen wird auf der Grundlage des Ebersfelder Vertrages entstehen. In der Regel ist der Mieter der wirtschaftlich Schwächere Teil. Vereinbarungen der Mieter zur gemeinsamen Wahrnehmung ihrer Rechte bestehen an vielen Orten und mögen den Rechtsfalsch ihrer Mitglieder erleichtern. Aber gerade die wirtschaftlich Schwächeren sind nicht in der Lage, solchen Vereinen beizutreten. Durchgreifende Abhilfe gegen die Hauspacht-Gelüste der vereinten Hauspächter Deutschlands ist nur auf dem Wege möglich, daß die Vertragsfreiheit auf diesem Gebiet durch Gesetz beschränkt und mindestens soweit gegangen wird, als seiner Zeit die Socialdemokraten bei Beratung des Bürgerlichen Gesetzbuchs beantragten. Ob die bürgerlichen Parteien, deren Presse fast einstimmig das Vorgehen der Hausagrarier verdammt, geneigt sein werden, solchen Vorstoß zuzustimmen? Ihre Tendenz geht ja freilich auf Schutz der wirtschaftlich Starken — und auf diesen gehören die vereinigten Haus- und Grundbesitzer Deutschlands.

Politische Ueberblick.

Berlin, den 23. August.

Aus dem Landtag.

Die Liberalen haben die Sprache wiedergesunden. Da die Kata Morgana der Regierungsoberherrlichkeit gänzlich zertrümmert ist, so hat das Jagen fürs erste seinen Zweck verloren. Man hat es jetzt nicht mehr nötig, auf den Unmut der Regierung so ängstlich Rücksicht zu nehmen, wie am Tage der zweiten Lesung der Kanalvorlage, zumal jetzt der ganze Begriff der Regierung zu einer wesenlosen Größe zusammengedrumpft ist. So haben denn auch die Liberalen heute im Abgeordnetenhaus von den Nachmitteln, die ihnen die Geschäftsfrage des Hauses — nicht etwa ihre eigene Stärke — bietet, Gebrauch gemacht und haben den Gesetzentwurf betr. die Gerichtsorganisations für Berlin und Umgebung zu Fall gebracht. Sie hätten und fanden 50 Unterzeichneten, die einen Antrag auf namentliche Abstimmung unterzeichneten, und diese ergab natürlich — worauf es ja abgesehen war — die Beschlußunfähigkeit des Hauses.

Dagegen konnten sie den neuen Vorstoß der Agrarier, der in einer Resolution zum Antrag Raut liegt, nicht verhindern. Diese Resolution bezweckt im ungefähre die Aufhebung der Parzellierungsfreiheit. Der Protest des Herrn Richter,

daß man eine so wichtige Materie nicht in der gegenwärtigen politischen Situation ansprechen könne, verhalte ungeschicklich. Das kümmert die Konservativen die politische Situation? Demwiderstand die Minister im Kabinett ihr Schicksal entgegennehmen müssen, beschließen die Konservativen frisch frei und frohlich, was ihnen kommt. Die Kritik stört sie darin nicht. Wer auch immer der kommende Mann ist, ihre Wünsche muß er schließlich doch erfüllen. Herr Richter konnte gegen die Annahme der Resolution nur Argumente, aber keine Zwangsmaßregel vorbringen. Die 50 Unterschriften brachte er diesmal nicht zusammen, und eine Anweisung der Beschlußfähigkeit giebt es nach der famosen Geschäftsordnung des preussischen Abgeordnetenhauses nicht.

Während so das Abgeordnetenhaus in aller Eile zwei Sitzungen absolvierte, hatte sich auch das Haus der Herren zu gesetzlichen Arbeiten zusammengefunden. Eingeleitet wurde die Feierlichkeit durch die Aufnahme eines neuen Herrn. Der fürstliche Präsident hieß ihn willkommen, der Kovize verbeugte sich nach allen Seiten; es war noch ein ziemlich junger Mann; er schloß sich offenbar noch etwas bedrückt von all der Würde, die ihn umgab. Er erwartete vielleicht auch so etwas wie eine große Cerimonie bei der „Einkleidung“. Als sie ausblieb, nahm er möglichst unauffällig in einer Ecke seinen Platz. Die Regierungskommissare sahen aus dem ihnen angewiesenen Beschlag etwas neidisch auf den neuen Ankömmling. Sie träumten vielleicht von dem Tag, an dem auch sie durch „Mehrböses Vertrauen“ in diese erlauchte Körperschaft hineingeschoben werden würden.

Diese erlauchte Körperschaft, der die Entscheidung über den Kanalarbeitssitz so sehr entgegen ist, wird in den nächsten Tagen über eine nicht minder bedeutende Aktion sich schlüssig machen müssen, über einen lässigen Angriff auf die Socialdemokratie. Wie der Präsident zu Beginn mitteilte, hat der preussische Justizminister, bejagt um die zarte Konstitution der Herren, dem Ganzen den Vorschlag gemacht, den „Vorwärts“ wegen des neulich dort veröffentlichten Artikels: „Der Tag der Herren“ strafrechtlich zu verfolgen. O, das Herrenhaus braucht sich nicht jede Beleidigung gefallen zu lassen; das hat es schon einmal principiell erklärt. Die preussischen Richter haben dafür zu sorgen, daß den preussischen Herren keines von den losbaren seitlichen Haaren gekrümmt wird. Einmal hat die Kommission des höchsten Hauses sich darüber schlüssig zu machen, ob und wie diese große That einzuleiten ist.

Zu der Sitzung selbst genehmigte das Haus die Ausführungsgefehe zum Bürgerlichen Gesetzbuch und zum Handelsgesetzbuch, sowie die Gebührenordnung für Rechtsanwälte und Gerichtsvollzieher. Viel zu bemerken hatten die Herren zu all den Gesetzen zwar nicht, trotzdem sah man fünf Stunden. Die Herren hören sich so selten reden, daß sie diese Gelegenheit ausnützen, um wenigstens möglichst beglückten Bericht zu erstatten. Es bereitet ihnen wohl auch ein großes Vergnügen, daß Leute angeführt sind, die von Autos wegen jedes ihrer Worte niederstürzen müssen. Versprochen wurden natürlich nur einige agrarische Schmerzen: Wumpfenossenschaften etc. Eine Meinungsverschiedenheit rief auch noch die Geichichte mit den staatsgefährlichen Aktiengesellschaften hervor. Der Geheimne Kommerziant Freytag sprach da ein sehr wahres Wort: Leute, die Aktien haben, sind nie staatsgefährlich! Sie zittern so sehr für ihr Geld, daß sie sich schon hüten werden, die Sabotagemüsse aufzuheben! Einige der hochachtbaren Herren umgellten bei diesen revolutionären Worten die Stirn. Nicht einmal im preussischen Herrenhause ist man ganz unter sich, auch da kann man sich der Bürgerlichen nicht ganz erwehren.

Trotdem ging man um 5 Uhr in gehobener Stimmung auseinander, in dem herrlichen Bewußtsein, daß man durch die Geburt dazu ausersehen ist, Thronen zu vollbringen, die, wie es in der Sprache dieses Hauses heißt, mancherlei Vorteile und Segen stiften werden.

Eine geheimnisvolle Konfiskation.

Einem Teil unserer Leser ist, obwohl wir nicht in Oestreich leben, die Mittwoch-Nummer des „Vorwärts“ in sehr unvollständigem Zustand zugegangen. In aller Frühe ist nämlich die erste Beilage konfiskiert worden. Da auch in unserer Redaktion keines der gefährlichen Blätter mehr zu finden war, waren wir zunächst darauf angewiesen, uns den Inhalt der Beilage aus dem Kopie zu rekonstruieren, um einen Grund für die Maßnahmen der Polizei zu finden. Wir fanden nichts, so sehr wir arbeiteten. Und als es dann und gelang, ein Exemplar der Beilage aufzutreiben und durch eine Anfrage den Ort der That festzustellen, gerieten wir erst recht in Verlegenheit. In einer aus Spandau datierten Notiz sollen wir eine Majestätsbeleidigung begangen haben. Wir haben bis zur Stunde auch nicht die Spur eines solchen Vergehens gefunden, trotzdem wir uns bemühten, die staatsanwaltliche Art zu sehen anzueignen.

Die Verlegenheit, warum das Blatt eigentlich konfiskiert sei, spiegelt sich auch in den Berichten der bürgerlichen, selbst der konservativen Presse wieder. Auch sie haben aufeinander neugierig und eifrig gesucht und nichts gefunden. Wir geben nachstehend über den Fall eine Korrespondenz wieder, die durch verschiedene Blätter läuft:

Beschlagnahmen worden ist heute morgen eine Beilage der neuesten Nummer des „Vorwärts“. Es handelte sich um eine Notiz unter der Rubrik „Aus den Vororten“. Unsere Zeitungen brachten nach einer Spandauer Korrespondenz eine Mitteilung über eine Sistierung Berliner Herren in Spandau. Diese Herren besuchten, von der Unterhavel kommend, vor der Abfahrt nach Berlin den Wilhelmstempel in der Klosterstraße zu Spandau. Einer der Herren machte über ein Kaiserbild, das dort steht, eine unpassende Bemerkung. Andere Gäste nahmen daran Anstoß, folgten den Berlinern nach dem Bahnhof und ließen sie dort durch die Polizeiwache feststellen. Der Handwerker Erola, der die Keuerung gekannt hatte, wurde nach der Feststellung sofort wieder entlassen, zwei seiner Begleiter, die sich der Sistierung widersetzen, mußten einige Stunden auf der Wache bleiben. Diese Mitteilung brachte der „Vorwärts“ unter der Spitzmarke eines bekannten Sprichwortes, in welchem das Demonymantwachen geheißen wird. Heute morgen um 5/4 Uhr erschienen mehrere Kriminalbeamte in den Geschäftsräumen des Blattes und beschlagnahmten die Beilage, die die Notiz enthält. Den Zeitungsfrauen, die bereits abgefertigt waren, durchsuchten die Beamten die Körbe und Wappen und nahmen ihnen ebenfalls die Beilage des „Vorwärts“ weg. Diese wurde bald darauf in den Kaffeehäusern und Gast- und Schankwirtschaften, in denen das Blatt ausliegt, von Kriminalbeamten und uniformierten Schutzmannern beschlagnahmt.

Die oben erwähnte Spandauer Meldung war gleichlautend von allen Berliner Blättern gebracht worden und diese sind nicht konfiskiert worden. Wir hatten nur den bekannten Verdacht von Hoffmann von Fallersleben in der Spitzmarke derart anklagen lassen, daß wir den Anfang mittelteil und das Ende punktieren.

Da nicht anzunehmen, daß irgend ein Postbeamter den Spruch nicht kennt und durch die Punkte irreführend worden ist, so sucht denn auch die Presse nach einem anderen Anlaß zum Einschreiten und versichert, eine Lokalmotiv der „Oberbürgermeister auf Probe“ sei die Ursache der Konfiskation. Indessen diese Notiz enthielt ebenso wenig den Schatten einer Majestätsbeleidigung, wie jene.

Wir sind also völlig im Unklaren, wo und wie der „Vorwärts“ eine Majestätsbeleidigung begangen hat, und mit uns die übrige Presse.

Selbst die „Staatsbürger-Zeitung“ gesteht: „Wir haben beide Artikel gelesen, können aber weder in dem einen noch in dem anderen einen Grund zu der polizeilichen Beschlagnahme finden.“

Die „Kreuz-Zeitung“ ist derselben Meinung, indem sie schreibt:

Ueber den Grund bringen verschiedene Verichtersteller verschiedene Angaben, die durchweg nicht recht einleuchtend erscheinen, so daß wir darauf verzichten, sie wiederzugeben.

Die „Berliner Zeitung“ bemerkt: „Zunächst diese Notiz oder die vom „Vorwärts“ ihr gegebene Uebersicht eine Majestätsbeleidigung enthalten soll, ist uns bis jetzt völlig schleierhaft.“

Und die „Volk-Zeitung“ äußert: „Wir können in der Notiz beim besten Willen nichts Strafbares erblicken.“

Wir betrachten die Angelegenheit als einen Beitrag zur gegenwärtigen Krisis. Wir haben eben angeblich keine Regierung, und da scheinen die Behörden und den Beweis liefern zu wollen, wie schlimm es sei, wenn der Staat regierungslos ist. Wir wünschen deshalb, daß die Krisis schnell beendet und wir wieder eine Regierung erhalten mögen, damit unsere Leser zu der ihnen entzogenen Beilage gelangen, ehe sie zu sehr veraltet ist.

Vom Kronrat.

Nachdem der Kaiser am Dienstagabend bereits den Grafen v. Bülow empfangen, den man für den Nachfolger Hofenlohes halten, reisten am Mittwochmorgen sämtliche Minister zum Kronrat ins neue Palais. Die Sitzung dauerte ungefähr drei Stunden.

Ueber Entscheidungen ist bisher nichts bekannt, vielleicht weil nichts bekannt zu geben ist. Ein Minister hat jedenfalls die Sitzung überlebt, der Vertreter der preussischen Justiz, Schönstedt, der am Nachmittag noch als Minister im Herrenhause erschien. Möglich, daß auch die anderen Kollegen lebendig geblieben sind. Bei uns fallen die Minister plötzlich, und es trägt wahrscheinlich viel zur einstweiligen Erhaltung ihrer Kraft bei, daß ihre Demission niemanden überraschen würde.

Wir befolgen den Rat des Fürsten Hofenlohe: wir geben uns keinen Illusionen hin. Es wird im Grunde alles beim alten bleiben.

Deutsches Reich.

Das Hagende Herrenhaus.

Nachdem das preussische Herrenhaus neulich vier schlesische Blätter verklagt hatte, ist nunmehr bei dem hohen Hause seitens des Justizministers der Antrag eingegangen, es möchte die Genehmigung zur strafrechtlichen Verfolgung des „Vorwärts“ geben. Der Herr Justizminister hat das Herrenhaus ersucht, es möge sich durch die satirische Schilderung der Herrenhaus-Sitzung über die Zuchthausvorlage, die der „Vorwärts“ unlängst veröffentlichte, beleidigt fühlen.

Die Justizverwaltung im Reich ist bisher von solcher Aufmerksamkeit gegenüber dem Reichstag nicht befallen worden, obwohl die reaktionäre Presse an Beschimpfungen dieses Parlaments und seiner Mitglieder das Menschennögliche geleistet hat; wir erinnern nur an die Tage der abgelehnten Bismarcklehre, oder an die jüngste „Würdigung“, welche die Scharfmacherpresse den Reichstagsdebatten über die Zuchthaus-Vorlage hat angedeihen lassen. Trotdem hat man seitens der Regierung keine Klage gegen diese Presse gewünscht. Herr Schönstedt ist freilich selber Mitglied des Herrenhauses, das sollte ihn aber doch erst recht nicht veranlassen, sein Parlament zu veranlassen — wider die parlamentarischen Gepflogenheiten aller Länder — auf den Kampfplatz von geistlichen Beleidigungsprozessen hinauszusteigen.

Wir unsererseits haben den lebhaftesten Wunsch, daß die Herrenhäuser sich dem Wunsch ihres ministeriellen Kollegen anschließen. Wir erhalten dadurch endlich die erwünschte Gelegenheit, zwar nicht die formale, wohl aber die moralische Gegenklage gegen die hochgeborenen Herren anzustrengen, und eine Willkür herrenhäuserlicher Schmäherungen unserer Partei dem Gericht zu unterbreiten. Wir haben satirisch über die Herren gestiftet, diese aber haben uns wie Stallknechte beschimpft. Wir sind nicht dange, wer bei der Gegeurechnung den kürzeren zieht.

Zum Stimm-Erlaß Redes an die Landräte behauptet die „National-Zeitung“ nach Mitteilungen, welche sie für wohlbegündet hält, der Minister hätte eine ihm zugegangene Anweisung des Kaisers in einer ihr nicht durchaus entsprechenden Art ausgeführt. Sie soll dahin gelautet haben, daß diese Beamten selbstverständlich in ihrer parlamentarischen Abstimmung frei seien, doch die Weiterhaltung ihrer amtlichen Stellungen aber nach einem Votum gegen die Kanalvorlage unmöglich sein würde. Herr von der Neude dagegen soll die betr. Beamten aufgefordert haben, für die Vorlage zu stimmen.

Wir vermögen keinen wesentlichen Unterschied zwischen der angeblichen Anweisung und ihrer Ausführung zu entdecken.

Die scharfe Ueberwachung des Kaisers im Reichelant und bei der Kanalfeier in Westfalen wird von einzelnen Blättern auf Auentatsgerüchte zurückgeführt.

Bei der Beschäftigung der Wessingungsanlagen bei Sankt wurden sämtliche Arbeiter, meistens Italiener, entfernt und bis zur Entfernung des Kaisers unter Bewachung gestellt. Diese Maßregel wurde auch bei dem Besuche in Diederhofen durchgeführt. In Mey und auf der Höhe von St. Privat waren etwa 100 Gensdarmen und Gendarmen anwesend. Eine Verhaftung fand statt. Das Publikum wurde mit ganz wenigen Ausnahmen auf etwa 300 Meter fern gehalten, und die Fier trug einen ausgesprochen militärischen und zugleich preussischen Charakter.

Auch beim Kaiserbesuch in Westfalen wuchden die Abperrungsmaßregeln an der Klüglicheren Weise in einer Weise gehandhabt, daß allgemeiner Unwille entstand. Selbst mit Passiertarten versehenen Personen wurden einige 100 Meter vom Kaiserzelt angehalten. Die „Köln. Ztg.“ führt diese Maßnahmen zurück auf Nachrichten, die beim Oberbürgermeister in Solingen eingetroffen waren, ein Anarchist sei aus Paris abgereist und habe als Reiseziel Dortmund und das bergische Land sich ausersehen.

Gerüchten sind diese Gerüchte — ähnlich wie bei dem Bombenschwindel von Alexandrien — von Clementen ausgegangen, die ein Interesse daran hatten, daß der Kaiser nicht bei der Kanalfeier zugegen sein möchte. Sollte solch Auentatsgerücht nicht die ursprüngliche Abgabe veranlassen?

Wir wissen ja aus den Palästina-Reden des Fürsten v. Mirbach, daß im vorigen Herbst wegen der Bombenwärdchen der Wärdcher nach Ägypten aufgegeben wurde.

Der Kaiser über die Ereignisse in Paris. Nach einer Meldung der Wiener „Krb.-Ztg.“ sagte Kaiser Wilhelm bei der Parade in Mainz zu den Generälen Fettes und Kalkstein: „Die Revolution in Paris ist in vollem Gange!“

Ohne Zuchthausgesetz. Wegen der Unruhen in Herne sind bis jetzt gegen Streikende 15 Jahre 4 Monate und 3 Tage Gefängnis und 6 Wochen Haft verhängt worden. Dabei ist der 27-jährige Arbeiter vom 27. Juni, wobei die Gendarmen von der Schutzwaffe ausgiebigen Gebrauch gemacht haben, noch nicht verhandelt worden. Er wird jedenfalls vor das Schwurgericht kommen. Das durchschnittliche Strafmaß beträgt bei den bisherigen Verurteilten ca. 7 Monate. Will man noch mehr?

Die „Freisinnige Zeitung“ bestreitet die freisinnigen Anforderungen an die Regierung, gegen die rebellierenden Beamten vorzugehen. Da sie das „Berliner Tageblatt“ als nicht partei-

zugehörig abschüttelt, stellen wir dem Blatt Eugen Richters folgende Bemerkung der „Voss. Ztg.“ vom 23. August zur Verfügung:

„Auch von politischen Beamten, die gar nicht Abgeordnete sind, ist wiederholt das agrarische Treiben öffentlich und ständig unterstellt worden. Landräte haben bei den Wahlen Flugblätter untergeleitet, die voll der gefälligen Ausführungen über die Handelspolitik der Regierung waren. Erst durch die verteilte Politik des Ministeriums, das Verhältnis zahlreicher politischen Beamten zum Bund der Landwirte zu bilden oder zu übersehen, ist dieser Bund zu einer Macht geworden, daß er heute die konservative Partei beherrscht und dem Ministerium den Gehbehändelung hinwerfen kann... Heute wird, wenn es zu einem Kampf gegen die Konservativen erstlich kommt, eine Musterung unter den Verwaltungsbeamten unabweislich sein... Nichts wird auf die Fronde einen kräftigeren Eindruck machen als die Wahrnehmung, daß ihren Beitem und Freunden, die in einträgligen Verwaltungsdiensten sind, um der Politik der Regierung zu dienen, der Stuhl vor die Thüre gesetzt wird, da ihre Vergünstigung den Zweck verfehlt hat.“

Genügt diese Probe freisinnig-vollsparteilicher Journalistik?

Von den Aufgaben der Gewerbegerichte hat das Organ der Arbeiterbewegung die „Arbeiterbewegung“ eine eigenständige Meinung. Es schreibt:

„Im übrigen ist die Meinung in Berliner Arbeiterkreisen eine sehr verbreitete, daß die Gewerbegerichte die Interessen der Unternehmer weniger berücksichtigen, als wir wünschen wert wäre. Die letztere für Berlin insofern zu ersehender Thatsache müßte ja auch die Socialdemokratie in ihrer Agitation genugsam aus.“

Unseres Wissens sollen die Gewerbegerichte wie die Gerichte überhaupt einfach Recht sprechen, nicht aber die Interessen irgend einer Gruppe berücksichtigen.

Eine Revolutions-Ehrung in — Sachsen. Innerhalb der alten weichen Grenzpfähle hat ein leibhaftiger Revolutionär ein Denkmal bekommen, sogar ein standrechtlich Erschossener. Es handelt sich um Adolf v. Trüpfaler, dem seine Vaterstadt Falkenstein in Sachsen eine Gedentafel gewidmet hat. Trüpfaler war Abgeordneter zur Nationalversammlung in Frankfurt und hatte sich im Frühjahr 1848 an den badiischen Aufständen beteiligt. An das Bagnis, einem solchen Mann zu ehren, wurde erst allmählig der ruhige Bürger gewöhnt. Zunächst verurteilte der „Voss. Ztg.“ durch mehrere Artikel den Mut und die Thätigkeit des Toten herabzuwürdigen und ihn als einen unglücklichen Mitgegangenen und Missethäter, dem es gar nicht so ums Herz war, hinzustellen. Dann fand am 14. August, dem 50-jährigen Todestage Trüpfalers, eine kleine Feier statt. Herr Kantor Hahn hielt eine Ansprache. Darauf wurde eine Gedentafel gestiftet, auf der steht: „Dem Schöpfer dieser Promenade, Herrn A. v. Trüpfaler, in dankbarer Verehrung. August 1899. Der Kulturverein Falkenstein.“ Vielleicht findet man ähnliche Verdienste an den Märtyrern zu Berlin, und es ließe sich dann endlich ein Portal mit gänzlich harmloser Inschrift ausführen.

Schulzustände im Einflußgebiete des Reichsfiskus. In den Gemeinden Ellerb ed und Gaarden, in deren Gebiet die Kaiserliche Werft liegt, herrschen nach einer Darstellung der Schleswig-Holsteinischen Volkszeitung ganz ostelbische Zustände. Die Mehrzahl der Einwohner dieser Gemeinden sind Wertarbeiter.

Für 1055 Kinder der Gemeinde Ellerb ed sind 16 Schulklassen eingerichtet, in denen 12 Lehrer unterrichten. Für diese 16 Klassen stehen jedoch nur 12 Schulzimmer zur Verfügung, so daß abwechselnd immer in einigen Klassen der Unterricht angefertigt werden muß, um für die anderen Klassen Raum zu schaffen; auf diese Weise fallen wöchentlich 88 Lehrstunden für die Knaben aus. Ja, beim Aufnahmeexamen zu Ostern d. J. mußten 12 Kinder noch wegen Raumangels zurückgestellt werden. Die Durchschnitts-Schülerzahl beträgt in den einzelnen Klassen 68—70, in einigen sogar 80 und 81.

Von diesen 1055 Kindern sind 705 Kinder von Werftarbeitern, und diese 705 Kinder verursachen der Gemeinde 21 000 M. mehr Lasten, als ihre Angehörigen zu den Gemeindefiscen beitragen, trotzdem die Gemeindesteuer 300 Proz. der Staatssteuer beträgt.

Der Fiskus mit seinen großen Grundbesitzen kann nicht zur Gemeindesteuer herangezogen werden, und deshalb fehlt es an großen Steuerzahlern. Im Marine-Statistikjahr waren einige tausend Mark als Zuschuß für die beiden Gemeinden angelegt, doch genügt das bei weitem nicht, die Gemeinde kann die Steuern nicht höher schrauben und deshalb kein neues Schulhaus bauen. Wird die Regierung für Abhilfe sorgen helfen?

Spandau ist der Herr Ring. Er will nicht nur 300 Millionen für Samoa bewilligen, wie wir gestern meldeten, sondern er honoriert sogar die bloße Ankündigung seines Willens. Das „Köpenicker Dampfboot“ schreibt:

„Er scheint die ganze Erklärung des Herrn Ring darauf zu berechnen, ihm für die voranschreitende Neuwohl in unserem Kreise eine Brücke zu bauen, so ist die Art und Weise, wie er diese Erklärung in die Presse zu lancieren sucht, an sich schon charakteristisch. Er wünscht nämlich die Aufnahme in redaktionellen Teil gegen 5 Mark Vergütung! Damit hat Herr Ring aber bei uns kein Glück, denn unsere Redaktion ist unabhängig genug, die Meinung ihres Leserkreises nicht durch bezahlte Erklärungen des Herrn Ring trüben zu lassen.“

Die anderen kleinen Blätter des Kreises scheinen den Schaden, den sie durch die Aufnahme der Ring'schen Erklärung anrichten, auf fünf Mark taxiert und demgemäß den angebotenen Schadenersatz angenommen zu haben.

Das Apothekenmonopol. Die Hauptversammlung des deutschen Apothekervereins in Danzig erklärte die vererliche und veräußerliche Realzession als die beste Form der Vererbung von Apothekenbetrieben und beschloß ferner, die Aufhebung des für Preußen erlassenen Beschlusses der Apothekenvererbung anzustreben. Die einzige vernünftige Lösung der Apothekenfrage ist natürlich die Verstaatlichung und nicht das erbliche Apothekenmonopol, das eine Art Pharmazentenmajorate darstellen würde, wenn man nicht auch die Veräußerlichkeit wünschen würde.

Spionage. Unter dem Verdacht der Spionage ist, wie die „Königsberger Hartungische Zeitung“ meldet, am Montag in Villau ein Franzose namens Müller aus Paris verhaftet worden. Derselbe wurde nach Königsberg transportiert und von Kriminalbeamten in Empfang genommen. Im Hotel wurden seine Effekten durchsucht; es wurde nichts Belastendes gefunden. Müller soll für ein Pariser Blatt reisen.

Arzt und Gefangene. Die Genossin Zieh in Hamburg hatte wegen Uebertretung des Prehgesetzes eine dreitägige Strafe zu verbüßen. Wegen dieser drei Tage wurde sie bei der Aufnahme ins Gefängnis auch dem Gefängnisarzt zugeführt. Was sie mit diesem, dem Dr. med. Köfing in Hamburg, erlebte, das schildert Frau Zieh im „Hamburger Echo“ folgendermaßen:

„Die erste Frage des Arztes war nach der Ursache der Verurteilung. Antwort: Wegen Uebertretung des Prehgesetzes. Arzt: So, was hast Du denn gemacht? Nachdem hierauf die Antwort erfolgte, der Arzt: Also deswegen soll ich mir die Nase machen, Dich zu untersuchen? Na, wegen der drei Tage wirst Du Dich wohl nicht allzu sehr grämen, Du bist doch jedenfalls schon öfters hier gewesen und bist es schon gewohnt.“

Worauf ich dem Herrn antwortete: Allerdings, Herr Doktor, ist es das erste Mal, daß ich bestraft, aber auch das erste Mal, daß ich von einem Arzte mit Du angeredet werde.

Der Arzt: Also das krankt Dich so sehr? Darüber fühlst Du Dich beleidigt? Ja, weißt Du, das hast Du auch gar nicht nötig. Dir gefallen zu lassen, darüber kannst Du Dich beschweren. Aber weißt Du, das kann Dir auch passieren, wenn Du bei mir in die Sprechstunde kommst, mit Du angeredet zu werden.“

Also mit Sie wünschen Sie angerebet zu werden? Na, dann gehen Sie mal da hinan, aber schnell! Fig! fig! wir haben nicht lange Zeit.

Als ich hinausgelaufen war auf das Gestell, das zum Zwecke der Untersuchung aufgestellt ist, besann der Herr Doktor sich eines andern und äherte zur Wäckerin, es sei schon gut, es sei nicht nötig, worauf diese mich wieder herunterstiegen ließ. Ob das dem Herrn Doktor vielleicht nicht schnell genug ging, oder ob er mich seine Autorität fühlen lassen wollte, weiß ich nicht, als er mit dem Aufsatze seiner ganzen Lungenkraft mich ansprach: **Nu aber raus! Fig! Marsch!**

Rückzugsignal? Man schreibt uns aus Jena: Die Regierung des Großherzogtums Sachsen-Weimar hat durch ihr Organ, die „Reimarsche Zeitung“ feststellen lassen, daß gegen den Professor Abbe in Jena ein Disziplinarverfahren weder eingeleitet, noch beabsichtigt ist. An der Glaubwürdigkeit dieser Nachricht prallt erfahrungsgemäß jeder Zweifel ab und es verdient jedenfalls Anerkennung, daß die betreffenden Regierungsorgane die nach dem Austausch der Nachricht von einem Disziplinarverfahren in der „Germania“ zum Ausdruck gebrachte Vermutung richtig gestellt haben. Es war aber die einzig mögliche Folgerung, die logischerweise an die Meldung in der „Germania“ überhaupt geknüpft werden konnte. Es liegt nun an der „Germania“, zu erklären, wie sie zu der Richtig gekommen ist; aus den Fingern läßt sich etwas Derartiges nicht jagen. Vielleicht hat „man“ noch zur rechten Zeit den Rückzug angetreten.

Der Kampf der Regierungen gegen die Beamtenvereine scheint, nachdem er gegenüber dem Postkassistenten-Verband erfolgreich geblieben, auf der ganzen Linie weitergeführt werden zu sollen. Als nächstes Angriffsobjekt ist allem Anscheine nach der über das ganze Reich ausgebreitete „Verband deutscher Militär- und Invaliden“ anzuweisen. Der vor kurzem, natürlich „im Interesse des Dienstes“, erfolgten plötzlichen Verlegung des ersten Verbandsvorsitzenden Stein von Berlin nach Magdeburg ist jetzt, wie man uns aus Straßburg i. E. schreibt, eine zweite Maßregelung, und zwar in der Hauptstadt des Reichslandes, gefolgt, wo der esch-lothringische Zweigverein des genannten Verbandes seinen Sitz hat. Der erste Vorsitzende dieses Zweigvereins, Eisenbahnsekretär Mayer, ist, nachdem er seit 1871, also volle 28 Jahre, in der Verwaltung der Reichseisenbahnen in Straßburg thätig gewesen, einer Mitteilung der „Straßburger Bürgerzeitung“ zufolge am 1. Oktober d. J. nach Colmar versetzt worden. Auch sein Vorgänger in der Vorstandsführung des reichsständischen Einwärtersverbandes hatte, einem Drucke von oben folgend, sein Amt niederlegen müssen.

Die Maßregelung Mayers ist die erste Lebensäußerung der Aera Wackerzapp, des neuen Geistes in der Generaldirektion der Reichseisenbahnen, welcher der genannte Verband längst ein Dorn im Auge war. Sie folgt zeitlich unmittelbar auf die jüngst abgehaltene Generalversammlung der reichsständischen Verbandssektion, auf der u. a. der Beschluß gefaßt wurde, zur energischeren Vertretung der Interessen der Verbandsangehörigen ein eigenes Präsidium ins Leben zu rufen. Derartig energische Kraftbethätigungen der jungen Vereinigung scheint man nun für die Zukunft unter allen Umständen vorbeugen zu wollen.

Es bleibt vorerst abzuwarten, inwieweit es dem deutschen Militärämter-Verbande gelingen wird, die Vorstöße der Regierungen, die wohl auch anderwärts gegen ihn werden unternommen werden, mit Erfolg zurückzuweisen.

Die reichsständische Verbandssektion beabsichtigt zunächst, einen völlig unabhängigen Mann an die Spitze des Vereins zu stellen, um die Regierung für die Zukunft der Notwendigkeit zu überbeugen, zur Erreichung ihrer verbandsförmlichen Zwecke untergeordnete Beamte maßregeln zu müssen.

Ausland.

Zur Transvaalkrise.

Der Wortlaut der in London eingetroffenen Antwort Transvaals auf den Chamberlainschen Vorstoß, betreffend die Einsetzung einer gemeinsamen Untersuchungskommission, wird erst morgen veröffentlicht werden. Mögen indes die kräftigeren Zugeständnisse lauten, wie sie wollen, den Ansprüchen der englischen Wäcker-Interessenten und ihres Commis in der Regierung werden sie nicht genügen. Handen doch schon gestern die „Times“, daß ein Viertel der Sise im Volksraad für die Missethäter völlig unzureichend sei, obgleich noch vor kurzem Wäcker sich mit einem Fünftel begnügen wollte. Ueberdies sei, so meinen die „Times“, selbst dann, wenn Wäcker's Wahlrechtvorschrift den englischen Forderungen entgegenkomme, noch immer eine Untersuchung seiner Wirkung durch eine Kommission nötig.

Worauf die englischen Absichten abzielen, das hat nach einem Drahtbericht der „Post, Jta.“ Cecil Rhodes im Kap-Parlament eingeschrieben, indem er die Meinung ausdrückte, die Transvaalfrage würde ohne Blutvergießen gelöst werden. Präsident Krüger würde noch mehr nachgeben. Wenn diese Frage gelöst sei, wäre es sicher, daß Transvaal ein englisch sprechendes Gemeinwesen werden müsse. Die Ausländer würden, da sie in ungeheurer Mehrheit seien, eine Regierung im Einklange mit ihren Anschauungen bilden.

Das ist deutlich genug. Cecil Rhodes betrachtet demnach die Zulassung des Missethaders selbst nur als ein Mittel, um durch sie die Transvaal-Regierung zu majorisieren und aus der südafrikanischen Republik ein Anhängel der Kap-Kolonie zu machen, das nach der ihm vorgestellten englischen Melodie tanzt, ja das sich sogar seiner niederdeutschen Sprache entäußert.

In dem Streit zwischen England und Transvaal erweist sich die portugiesische Behörde von Mozambique immer mehr als die gehobene Dienerin Englands, der es in dem Bestreben, sich dessen Wohlwollen zu sichern, sogar auf eine offene Verletzung des mit Transvaal geschlossenen Vertrages nicht ankommt. Auf die von Krüger an den Gouverneur von Lorenzo Marques gerichtete Beschwerde über die Zurückhaltung von Waffen und Munition in der Delagoa-Bai, hat dieser geantwortet, Portugal habe gewisse freundschaftliche Verpflichtungen gegenüber allen Nationen, mit denen es in Frieden liege, darunter auch Transvaal. Die britische Regierung habe die Portugiesen auf die Thatsache aufmerksam gemacht, daß große Mengen Waffen und Munition, die nach Transvaal bestimmt waren, in letzter Zeit nach der Delagoa-Bai importiert worden seien und daß für diese Sendungen keine befriedigende Erklärung vorhanden zu sein scheine. Infolgedessen hätten die Portugiesen es für nötig gehalten, daß die in Artikel 6 des Vertrages zwischen Portugal und Transvaal vorgesehenen Garantien gebührend berücksichtigt würden, wenigstens die Portugiesen nicht zweifeln, daß die Angelegenheit schließlich in befriedigender Weise geregelt werden würde.

Das sind nichts als leere Redensarten, die über die feige Haltung der portugiesischen Behörde niemand hinwegtäuschen können.

Die Pest in Portugal.

In Portugal greift nach den neuesten Nachrichten die Pest weiter um sich. In Oporto sollen vorgestern vier neue Bestfälle vorgekommen sein. Auch in verschiedenen kleinen Ortshäusern Portugals hat die Seuche Eingang gefunden. Aus Lissabon verläutet mit Bestimmtheit, daß dort mehrere Erkrankungen an der Pest konstatiert worden sind, obgleich der amerikanische Konsul an seine Regierung ein Telegramm sandte, das die Mitteilung von 5 Bestfällen in Lissabon widerrufen und den Gesundheitszustand der Stadt für normal erklärt.

Die Stellung von Oporto durch einen Militärfeldzug ist beschlossen. Royen wird das Dekret unterzeichnet werden. Auch Lissabon soll völlig von der Aepheville abgegrenzt werden.

Die spanische Regierung hat vorläufig die Grenze nach Portugal vollständig gesperrt und militärisch besetzen lassen. In einer offiziellen Mitteilung macht das spanische Ministerium des Innern bekannt,

daß zur Zeit gegen 10 000 Personen an den spanisch-portugiesischen Grenzübergängen der gesundheitspolizeilichen Beobachtung unterworfen wurden. Diese Massenflucht aus Portugal sei ungerichtet und bezwecke große Gefahren in sich durch die Menschenansammlungen in den Grenzorten. Trotz der Vorsichtsmaßregeln ist dennoch die Pest bereits in Spanien eingeschleppt worden. In Barcelona, Cadix, Valencia sollen einzelne verdächtige Fälle vorliegen. Die größten von portugiesischen Häfen verkehrenden deutschen Dampferlinien haben ihre Verbindung mit Portugal ganz abgebrochen, so die Hamburg-Südamerikanische Dampfschiffahrts-Gesellschaft, die de Freitas-Linie, die Levante-Linie, der Bremer Lloyd, die Ostafrika-Linie.

Oestreich-Ungarn.

Die Vorgänge in Grätz haben in ganz Oestreich eine ungeheure Aufregung und Erbitterung hervorgerufen, die sich überall in Protestationen gegen das Vorgehen der böhmischen Statthalterei äußert. Um der öffentlichen Meinung Rechnung zu tragen, hat diese vorläufig den Leiter der Bezirkshauptmannschaft, Roth, seines Amtes enthoben. Auch in anderen böhmischen Städten haben in den letzten Tagen Unruhen stattgefunden. In Eger versuchten gestern Abend etwa 300 Personen eine Kundgebung zu veranstalten. Nachdem sie mehrere Straßen durchzogen hatten, wurden sie von der Polizei zerstreut. Am 10 Uhr herrschte wieder völlige Ruhe. Ebenso fanden, wie „Wolffs Bureau“ meldet, in Zaaz gestern Abend Unstimmigkeiten statt. Die Teilnehmer an denselben waren einige Fensterheben in der Wohnung des Bezirkshauptmanns, in der Gendarmenleaserne und in der böhmischen Schule ein. Schließlich wurden die Aufreuer zerstreut.

Aus Schlackenwerth (Nord-Böhmen) wird uns vom 22. August geschrieben: Gestern Abend fand hier eine Massenversammlung statt, in dem noch einem Referat von Simon Staud unter säkularisiertem Beifall folgende Resolution angenommen wurde: Die Montag, den 21. August, zu Schlackenwerth im Gasthause zum „Goldenen Wägen“ tagende Volksversammlung protestiert auf das entschiedenste gegen das verfassungswidrige Regierungssystem Thun-Kaizl, gegen die Oligarchie des Ausgleichs und die darauf eingeführten neuen Steuern und fordert die Aufhebung des § 14. Die Versammlung ernennt die vertriebenen Regierungspolitiker Thun-Kaizl, welche die Ermordung österreichischer Staatsbürger zur Folge hatte, ihre tiefste Verachtung aus.

Schweiz.

Bärth, 22. August. (Fig. Ver.) In Auserhölz-Bärth wurde am Sonntag bei einer Erntewahl in den Großen Stadtrat unser Genosse Karl Funk mit 2000 gegen 2082 Stimmen, welche auf die beiden Kandidaten der Demokraten und Liberalen fielen, gewählt. In diesem Kreise hat die sozialdemokratische Partei die sichere Mehrheit und darum wollen ihn die bürgerlichen Parteien in zwei Kreise zerlegen, weil dessen Verwaltung zu „schwierig“ sei. Die Sozialdemokraten haben aber offen dieses Gebahren dargelegt und als alleinigen Grund für die Zerlegung des Kreises die partipolitischen Motive enthüllt. Auf eine raffinierte Wahlkreis-Geometrie haben sich die bürgerlichen Parteien in der Schweiz noch immer gut verstanden, wie irgend eine monarchische Regierung.

Im Kanton Solothurn besteht noch der Impfwahl, der jedoch bereits viele Gegner hat. Nun haben unsere Genossen sich der Sache bemächtigt, ein Initiativgehörn für dessen Abschaffung aufgestellt und dafür in kurzer Zeit 2192 statt der erforderlichen 2000 Unterschriften aufgebracht. Es wird also zur Volksabstimmung kommen.

Franreich.

Kapitän Voulet. In der Pariser Presse hält die Erregung über die Vorgänge im Sudan an. Der „Matin“ veröffentlicht den vom Kapitän Voulet an den Oberstleutnant Klobb gerichteten Brief, dessen Wortlaut gestern der Regierung per Kabel zugegangen ist. Derselbe lautet: „Was ist das für eine neue Infamie? Will man uns die Früchte unserer Arbeit zum Vorteil eines anderen entreißen? Lassen Sie uns unseren Weg verfolgen! Wehe demjenigen, der versuchen sollte, uns Hindernisse zu bereiten! Wir haben 600 Flinten zur Verfügung, um uns Achtung zu verschaffen.“

Belgien.

Die Diskussion der neuen Wahlgesetz-Vorlage wird wahrscheinlich am Freitag beginnen. Auf eine Anfrage der centralen Section erklärte die Regierung, daß nach der Annahme des Gesetzes Neuwahlen im nächsten Mai oder Juni erfolgen würden. Eine Vermehrung der Zahl der Deputierten lehnte die Regierung ab, ebenso die von den Progressiven geforderte Ausdehnung des Proportional-Systems auf die provincialen und kommunalen Wahlen.

Angeklagte Zwangsarbeiten in der Arbeiterpartei. Wie die „Radikale Jta.“ zu melden weiß, hat die Vertreterversammlung der sozialistischen Gruppen des Wahlbezirks Charleroi, der auch alle sozialistischen Abgeordneten mit Ausnahme von Wellewitsch beizuhören, beschlossen, die Einführung der Verhältniswahl (d. h. der Proportionalwahl ohne gleiches Stimmrecht) mit allen Mitteln, gegebenenfalls durch Streikunterstützungen und den allgemeinen Arbeiteraufruf, zu verhindern. Die Versammlung forderte den leitenden Ausschuss der belgischen sozialistischen Partei auf, eine Hauptversammlung einzuberufen, um eine Entscheidung darüber zu treffen. Der anerkannte Führer der sozialistischen Partei, Wellewitsch, hat sich besonnenlich dahin geäußert, daß er an keiner Gewaltthätigkeit, sei es auch nur an der Obstruktion in der Kammer, teilnehmen werde.

Niederlande.

Unruhen in Südersum. Anlässlich der Unterjagung des Jahnmackts entstanden in der Nacht zum Dienstag ernste Ausschreitungen. Gegen 11 Uhr abends rotteten sich Volkshäufen zusammen, zogen durch die Straßen, zertrümmerten die Fensterscheiben im Hause des Bürgermeisters, sowie in mehreren Wägen und Läden und zerbrachen die Gaslaternen. Da die Ortspolizei nicht stark genug war, um die Ruhe wiederherzustellen, erbat der Bürgermeister eine Abteilung Bürgergarde. Heute ist der Belagerungszustand erklärt worden, auch sind Abteilungen Infanterie- und Kavallerietruppen eingetroffen. Wie neuerdings gemeldet wird, dauerten auch gestern noch die Unruhen fort. Gegen 7 Uhr abends begann die Menge mit Steinen zu werfen und das Straßenpflaster aufzureißen. Die Kavallerie griff mit gezogenem Säbel an, aber das Werfen mit Steinen dauerte fort. Nach der üblichen Aufforderung schloß die Infanterie. Wie es heißt, sollen eine Person getödtet und zwei Personen verwundet sein. Nach Mitternacht herrschte vollständige Ruhe.

Schweden.

Reichstagswahlen. Aus Stockholm wird uns geschrieben: In Schweden finden zur Zeit die Reichstagswahlen zur zweiten Kammer statt, und zwar nicht an einem bestimmten Tage, wie in den meisten Ländern, sondern in den verschiedenen Bezirken nacheinander. Bei dem jännerischen schwedischen Wahlgang, dessen Reform an dem Wäckerlande der aus ihm hervorgegangenen Kammer scheitert, ist für die Sozialdemokratie und auch für den radikalen Liberalismus wenig zu hoffen. Es haben bis jetzt in 21 Wahlkreisen Wahlen stattgefunden. Da der Partei-Standpunkt weniger wichtig ist, als wie sich die Abgeordneten zu den drei Hauptfragen stellen, die augenblicklich in Schweden zur Entscheidung stehen, hat der „Socialdemokrat“ eine Statistik hierauf aufgestellt. Es handelt sich um folgende Fragen: 1. Stimmrechtsreform, 2. Arbeiterfrage, 3. Unionsfrage. Von den bisher gewählten Abgeordneten sind 15 gegen die Stimmrechtsreform, vier für einen Vermittlungsvorschlag, einer wäcker und einer für allgemeines Stimmrecht. Betreffs der Arbeiterfrage sind zwei Gesichtspunkte in Betracht zu ziehen: 1. Wer ist für Arbeiternebelungs-Gesetze, wie ein solches in der vorigen Session angenommen wurde? 2. Wer ist für Arbeiter-Reformgesetze? Für Arbeiter-Nebelungs-Gesetze sind 11 Abgeordnete, bei zweien ist es zweifelhaft und 8 find dagegen; für die Arbeiter-Reformgesetze sind 9, zweifelhaft 2 und dagegen 10. In der Unionsfrage

muss man unterscheiden zwischen den Heißhörnern, die Norwegen mit Krieg überziehen möchten, wenn es nicht auf seine Selbstständigkeitsrechte verzichten will, und den Friedlichen, die meinen, man solle durch Verhandlungen zu einem beide Teile befriedigenden Abschluss zu kommen versuchen. Mehrwärtigerweise sind bisher von der Kriegspartei nur 9 gewählt und von der Verhandlungspartei 12, von denen 2 für ausgesprochene Friedenspolitik sind.

Die nächsten Tage bringen 80 neue Wahlen, erst dann wird allmählich sich ein sichereres Bild ergeben. An weiteren Wahlergebnissen, die in der obigen Aufstellung noch nicht enthalten sind, ist zu melden: H. Ö. R. ein Konservativer; der aber eine Vermittlungseinstellung in der Wahlfrage einnimmt.

Soweit unser Korrespondent. Nach den neuesten Nachrichten sind bereits 58 Wahlen von 280 entschieden. Von den letzten Wahlen fallen viele im wahrheits-reformfreundlichen Sinne ausgefallen, d. h. Abgeordnete gewählt sind, die einer Ausdehnung des bürgerlichen, die unteren Volksschichten fast völlig ausschließenden Wahlrechts zustimmen.

Serbien.

Attentatsprozess. Der Prozess wegen des Attentats auf König Milan wird am 30. d. M. beginnen. Im ganzen sind 43 Personen angeklagt. Die Anklage zerfällt in drei Teile und richtet sich gegen den Attentäter Knezevic selbst, gegen die intellektuellen Urheber des Attentats und gegen diejenigen, welche von dem Attentate Kenntnis hatten und den Mord vorbereiteten.

Finnland.

Unterdrückung finnischer Zeitungen. Der stellvertretende Generalgouverneur von Finnland, Schipon, hat nach einer Meldung der „Post, Jta.“ auf Vorschlag des Centralkomitees am 17. August das Erscheinen der bedeutendsten finnischen Zeitung „Päivälehti“ für drei Monate und den in Wiborg erscheinenden „Oli purin Vanomat“ für einen Monat verboten. Die „Kya Pressen“ sagt in einem kurzen Leitartikel über dieses neue Censurverbot, der Grund dafür sei noch nicht genau bekannt. Aber wir wissen, daß die genannten Blätter nichts enthalten haben, was in der einen oder anderen Form in den meisten Zeitungen des Landes sich wieder gefunden hätte. Am Abend des 17. August war der Chefredacteur der Helsingforser Zeitung „Päivälehti“, Herr E. Erko, der Gegenstand einer Sympathieumgebung. Vor seiner Wohnung erschien der gemischte Sängerkorps des Vereins der Arbeiterfreunde und sang ein finnisches patriotisches Lied, worauf ein Hoch auf Erko ausgebracht wurde, der in kurzer Rede für die Ehrung dankte und unter anderem sagte, daß finnische Volk werde trotz aller Fesseln und Knebeln stets seinen Zeitungen seinen Stempel aufdrücken und deshalb zweifeln die Zeitungsmenschen auch nicht an der Zukunft der Presse in Finnland, so düster sie auch sei, denn trotz allem vertrauten sie doch auf die Zukunft ihres Volkes.

Uffien.

Neue Kämpfe auf den Philippinen. Drahtmeldungen aus Manila besagen, daß die Feindseligkeiten an mehreren Stellen wieder eröffnet sind. Auf Luzon fand bei Las Angeles ein ziemlich ernsthaftes Gefecht statt, in welchem zwei amerikanische Offiziere getödtet wurden. Auf der Insel Negros konnte sich Hauptmann Cole gegen überlegene feindliche Scharen nur schwer halten. Ebenso macht der Sultan der Sulu-Inseln große Schwierigkeiten. Er behauptet, die spanische Herrschaft über die Inselgruppe sei niemals eine thatsächliche gewesen, weshalb Spanien die Inseln auch nicht habe abtreten können.

In Rennes.

Die Mittwoch-Sitzung des Kriegsgerichts wurde um 1/2 Uhr eröffnet.

Der Controlleur Rey erklärt, Dreyfus habe mit ihm mit Vorliebe über die Truppen-Konzentrierung und Mobilisierung gesprochen, aber ihn niemals um Mitteilungen erucht.

Der frühere Kamerad des Dreyfus im Generalstab, Major Drenth, bestätigt die Aussage Reys über die Unterhaltungen, die Dreyfus geführt hat. Drenth fügt hinzu, Dreyfus habe sich gerühmt, daß er zu spät ins Bureau komme, ohne daß man dies bemerke.

Dreyfus erwidert, daß er nur, während seine Frau im August und September sich in Houlgate aufhielt, am Montag später ins Bureau kam und dann um 12 Uhr mittags eintraf und um 2 Uhr fortging.

Major Duchatelet spricht von den vertraulichen Mitteilungen des Dreyfus, über seinen Verkehr in gewissen Kreisen und über seine Spielverluste.

Dubreuil, Grundbesitzer bei Paris, erklärt, er habe Dreyfus bei einem gewissen Bobson kennen gelernt, wo auch ein deutscher Attaché verkehrte, der, wie er bemerkte, mit Dreyfus auf freundschaftlichem Fuße stand. Bobson vertraute ihm (Dubreuil) eines Tages an, daß Dreyfus der Liebhaber seiner Frau sei. Bobson fügte hinzu, daß er dafür Beweise habe, ja daß er sogar Beweise in Händen habe, mit denen er Dreyfus aus dem französischen Heere austreiben lassen könne. Zeuge sagt, daß er hierüber nichts Näheres habe erfahren können.

Die Anwälte des Dreyfus verlangen hierauf, daß über die Moralität des Zeugen Erkundigungen eingezogen werden.

Laborit richtet an den Zeugen Dubreuil mehrere Fragen. Dieser giebt verworrene Antworten bezüglich des von ihm erwähnten deutschen Attachés und sucht seine Gedächtnisschwäche dadurch zu erklären, das seit jenen Vorgängen 13 Jahre verfloßen sind.

Laborit stellt fest, daß der von Causan de Beaurepaire gefandte Zeuge keine einzige genaue Angabe machen könne.

Dreyfus versichert auf das Bestimmteste, daß er seit dem Jahre 1888 oder 1887 nicht mehr bei Bobson verkehrt und niemals dort mit dem Postkassistenten-Attaché einer fremden Macht diniert habe. Er verlangt, daß man den Namen des Attachés nenne, daß man bestimmte Angaben mache und seine Klaisdoreien aufzähle. Man müsse wissen, wer lügt und wer die Wahrheit sagt. (Sensation.)

Der Präsident sagt dann, daß er, entsprechend dem Wunsche Laborits, dem sich Dubreuil selbst anschließt, Erkundigungen über die Moralität des Zeugen einziehen werde.

Hauptmann Valdant erklärt, Major Lauth habe ihm eines Tages, als er aus dem Bureau Picquarts kam, gesagt: „Er will, ich soll bekunden, daß es die Schrift von Dingda ist; ich werde nichts bekunden.“ Zeuge erklärt weiter, er habe im Jahre 1896 mehrmals Lebois bei Picquart gesehen.

Artilleriemajor Lerond erzählt, er habe 1894 und 1895 bei den Schießübungen in Chalons Beziehungen zu Esterhazy gehabt. Esterhazy sei ihm in artillerischen Fragen als incompetent erschienen, und er habe das Picquart mitgeteilt, der ihn im Oktober 1896 über das Gebahren Esterhazys bei den Schießübungen befragt und hinzugefügt habe, Esterhazy habe keinerlei vertrauliches Schriftstück in Händen gehabt. Zeuge erklärt schließlich, die Aufzeichnungen Picquarts hätten ihn überzeugt, daß Beweise von der Schuld Esterhazys vorhanden seien.

Hierauf wird, da Esterhazy nicht erschienen ist, Esterhazys Aussage vor dem Kassationshofe verlesen, in welcher die Thatsachen aufgeführt werden, die sein Erscheinen vor dem Untersuchungsrate veranlassen.

Die Sitzung wird sodann unterbrochen.

Nach Wiederaufnahme der Sitzung werden auf Antrag Laborits die drei bekannten, von Esterhazy an den Präsidenten der Republik gerichteten Briefe verlesen, in welchen Esterhazy dem Präsidenten drohte, er werde, wenn der Präsident nicht einschreite, um dem Skandal ein Ende zu machen, sich an seinen Suzerän, den Deutschen Kaiser (!) wenden. Ferner wird ein Artikel, überschrieben „Dix“ verlesen, der im Jahre 1897 zur Zeit der De-

...nungation Mathieu Drehsus' in der "Libre Parole" erschienen ist. General Goussé wünscht dann, auf die verlesene Fingerringe Osterhazy antworten zu dürfen, und erklärt es für falsch, daß Osterhazy der Mann des Generalstabes gewesen sei. Du Paty de Clam und Henry hätten ohne sein — des Zeugen — Wissen Beziehungen zu Osterhazy gehabt.

General Goussé erzählt, der Minister habe nicht gewollt, daß die Offiziere Beziehungen zu Osterhazy hätten in dem Augenblicke, wo man wußte, daß ein Feldzug gegen denselben beginnen sollte. Es war die Rede davon, Osterhazy zu benachteiligen, daß er sich vernünftigen und nichts unternehmen möchte, aber der Minister widersetzte sich dem. Goussé betrachtet Osterhazy als eine kompromittierende Persönlichkeit und bestreite, daß derselbe Instruktionen darüber erhalten habe, was er dem General Belliez gegenüber aussagen sollte. Daß Osterhazy während der gerichtlichen Untersuchung in Freiheit gelassen wurde, sei auf einen Befehl des Generals Saussier zurückzuführen. Lediglich der Oberst du Paty de Clam habe den Generalstab durch seine Unzulänglichkeiten kompromittiert.

General Goussé erklärt ferner, er sei überzeugt, daß Paty de Clam habe im Einverständnis mit Henry gehandelt. Jenge sagt, er siehe für Gribelin ein.

Regierungsvertreter Carrière sagt in Beantwortung einer Frage Laboris, man habe es abgelehnt, ihm Mitteilung der Untersuchung Taverniers betreffend du Paty de Clam zu machen. Carrière hofft, letzterer werde in einigen Tagen erscheinen können, um auszusagen.

Labori fragt Goussé, ob er für das Vorgehen du Paty de Clams, welcher aus seinem Veffort stammende Schriftstücke Osterhazy mitteilte, einstehe. "Nein im Leben", erwidert Goussé, und stellt zugleich in Abrede, bei einer geheimen Zusammenkunft zugegen gewesen zu sein, in der man darüber beraten hätte, was zu Gunsten Osterhazy zu thun sei. Goussé fügt hinzu, er glaube nicht, durch sein Verhalten die Untriebe du Paty de Clams ermutigt zu haben. Er habe das Bewußtsein, seine Pflicht gethan zu haben, du Paty de Clam stände vielleicht dem "Dixi" überschriebenen Artikel nicht fern.

Labori deutet an, General Saussier habe deshalb Osterhazy in Freiheit gelassen, weil er durch den Generalstab getäuscht worden.

Oberst Gendron sagt auf eine Frage des Präsidenten aus, er wisse nicht, ob Osterhazy zu Oberst Sandherr in Beziehungen stand. **Golddeffe** erklärt sodann, er erkläre formell die **Aussage Osterhazy für falsch**. Er verachte diese Lügen und weise sie zurück mit der ganzen, ihnen gebührenden Verachtung. (Lebhafte Bewegung im Saale.)

Sodann wird die von der **Paix** vor dem Kassationshofe abgegebene Erklärung verlesen.

Hierauf giebt General **Veblin de Dionne**, Oberst der Kriegsschule, schließliche Auskunft über Drehsus, den er beständig zu tadeln hatte.

Drehsus erklärt den Tadel mit Angaben der Ordnungs-Kommission, welche ihm ungerade Noten gegeben habe, weil man seine Juden in dem Generalstabe haben wollte. Drehsus leugnet die Reden, welche man ihm hinsichtlich der Chiffre und Lothringer zuschreibt. Der Ingenieur Lanquet hatte erklärt, er habe ihn, Drehsus, in Brüssel im Jahre 1894 getroffen, er könne aber das Datum nicht mehr genau feststellen. Drehsus erinnert ihn daran, daß er ihn in Brüssel im Jahre 1888 nur ein einziges Mal getroffen und in einem Restaurant gesprochen habe, und zwar war dies während der Ausstellung. "Ja," erwidert der Zeuge.

Hierauf wird die Sitzung um 11 Uhr 40 Min. geschlossen und auf Donnerstag vertagt.

Ueber die

Montags-Sitzung

schreibt man uns aus Rennes, 21. August:

Heute früh fällt sich der Saal nur langsam. Besonders weisen die für die Journalisten reservierten Bänke große Lücken auf. Viele haben den Sonntag zu einem Ausflug nach den entzückenden Küsten der Bretagne benutzt und sind noch nicht zurückgekehrt.

Die Unterhaltung dreht sich lediglich um das Wiedererscheinen Laboris. Ist er wiederhergestellt, wird er kommen? das ist die Frage, die von Mund zu Mund geht.

Die Generale treten mit großem Geräusch in den Saal. General Rogel läßt seinen Blick heraufschwebend umherschweifen und bläst sich inmitten der Offiziere auf, die ihn rings umgeben. Das Publikum beachtet nichts, sondern blickt starr nach der Bank der Verteidiger, wo man Labori zu erblicken hofft.

Vergeßliche Hoffnung! Labori wird heute nicht kommen. Ein leichtes Fieber stellte sich gestern Abend ein, und Dr. Reclus entschied, daß sein Kranker sich noch vierundzwanzig Stunden ausruhen müßte. Also auf morgen.

Was wir heute hören sollen, ist ganz außergewöhnlich. Zunächst zeigt sich der Präsident des Kriegsgerichts, Oberst J o u a u t, von einer erschreckenden Parteilichkeit und beweist von neuem, daß Billigkeit und Gerechtigkeitgefühl bei den Militärs gänzlich unbekannt sind.

Dann bemühen sich die Zeugen, den Prozeß zu einem Prozeß des Oberst Picquart, des Dieners des Rechts, des nützigen Sämanns für die Revision, zu gestalten. Mehrere Stunden hindurch ist vom Prozeß Drehsus überhaupt nicht die Rede. Die Zeugen erheben sich gegen Picquart, dessen Zeugnis sie zu erschüttern versuchen, um seinen Wert in den Augen der Richter herabzusetzen. Und als Oberst Picquart antwortet, verbeißt der Präsident des Kriegsgerichts durchaus nicht seinen Unwillen. Er unterdrückt ihn sogar, als er zu gewissen Fragen kommt, als er die Angaben, die die Generale gegen ihn vorgebracht haben, widerlegt, obwohl diese ohne jede Unterbrechung alles haben sagen dürfen.

Ein General ist es, der das Feuer eröffnet: Der General Favre. Er gehört zu den siebenundzwanzig Offizieren, die schon 1894 gegen Drehsus zeugten, und die jetzt nach einander auf den Zeugenstand treten, um den Unschuldigen wiederzutreten. Sie legen ihren ganzen Haß, ihren ganzen Groll und Mergel in ihre Aussage. Und wir wohnen diesem unwürdigen und unverfälschten Schauspiel bei, wie Offiziere, die aufgerufen werden, eine vor fünf Jahren gemachte Aussage zu wiederholen, in einem Anfall närrischer Unzurechnungsfähigkeit und deutlichen Uebelwollens ihr Gehirn zermartern, um ihre Aussage niederschmetternder und sich meinelidig zu machen.

Doch was gilt ihnen das Verbrechen der verletzten Menschlichkeit! Sihen ihre Generale nicht hinter ihnen, um sie zu loben und zu ermutigen! Werden für sie nicht Treiben und Avancement abfallen? Mangel eines anderen Schlafmittels begnügen sie sich mit dem der Lüge, des Meineids, der Fälschung.

Also der General Favre eröffnet das Feuer. Fünfundsiebzig Minuten lang ergeht er sich in den perfidesten Verdächtigungen gegen Drehsus. Er erzählt von den Gerüchten, die nach seiner Beschauptung zur Zeit, als Drehsus im Ministerium war, unliesen, er spricht von Indiskretionen, und hört erst auf, als sich Demange unwillig über seine Schamlosigkeit, von seinem Sitze erhebt und ihn fragt, warum er über dies alles nicht schon im Jahre 1894 Zeugnis abgelegt habe.

Natürlich weiß der Zeuge Favre nichts zu antworten, und sein Schweigen ist das deutliche Geständnis, daß er Lügen verbreitet hat.

Der Oberst d'Aboville setzt die Reihe der Zeugen des Generalstabes, oder der falschen Zeugen, fort. 1894 Oberstleutnant im Kriegsministerium, hatte er schon im damaligen Prozeß seinen Beitrag an Albernheiten gegen Drehsus, den Vertreter der ihm außerordentlich verhassten jüdischen Rasse, geliefert.

Heute morgen wurde er wie Favre vorgelesen, um sein Zeugnis zu wiederholen. Er spricht von allem mit etwas Vorbehalt. Und als der Verteidiger Demange ihn nach seiner Belohnung von 1894 fragt, erklärt er ruhig, sich nicht mehr daran zu erinnern. Man läßt sie ihn vor, um sein Gedächtnis aufzufrischen. Hierauf ruft er zu beweisen, daß Drehsus sehr wohl den Satz des Vorderaus: "Ich werde zum Marsch abreißen", habe schreiben können.

Da Drehsus im Jahre 1894 kein Marschver irgend welcher Art mitmachte und mitmachen durfte, erklärt der falsche Zeuge d'Aboville

mit widerlicher Fremdlichkeit, daß die zum Kriegsministerium kommandierten Offiziere eine Reise des Generalstabs — noch dazu eine fingierte Reise — machten, und daß der Hauptmann Drehsus sehr wahrscheinlich von dieser Reise sprechen wollte, als er das Vorderaus schrieb.

Sie man sieht, ist das sehr einfach, und die Ankläger des Drehsus verwenden nicht gerade sonderliche Aufmerksamkeit auf die angeblichen Beweise, die sie gegen ihn vorbringen.

Nachdem Cochefert, der Chef der allgemeinen Sicherheitsabteilung, welcher der Festnahme Drehsus' im Jahre 1894 beizuohnte, die verschiedenen Vorgänge bei dieser Festnahme erzählt hat, tritt der Archivar des Nachrichtenbureaus, Gribelin, auf, der postliche Lampe mann) Gribelin, durch den in das erschütternde Drama zuweilen eine lustige Scene einfließt.

Gribelin ist erschüttert zu dumm, um selbst seine Aussage zu machen. Es ist irgend ein tapferer Offizier, der sie für ihn verfaßt hat, und er wiederholt sie und sagt sie auf, wie ein Kind, das bei jedem Wort in seiner Erinnerung sucht und vielleicht gar nicht beargheit — ein solcher Idiot scheint er zu sein —, wie verbrecherisch das Geschäft ist, das man ihm ausführen läßt.

Doch auch er läßt, wie jedes Mitglied des Generalstabes, das etwas auf sich hält. Man muß Gribelin sehen, und ihn sagen hören, daß er seine Überzeugung von der Schuld des Drehsus auf zwei Reichen von Thatsachen stützt: auf seine Haltung im Moment der Verhaftung und auf sein Privatleben. Gribelin, solche Schlüsse ziehend, ist unvorstellbar. Als seine Verleumdung hergeseht ist und der Verteidiger Fragen an ihn richtet, vertritt er sich in erbarungs-würdigerweise in die Lügen, die er soeben ausgesprochen.

Köstlich äußert sich Gribelin über die Untriebe des Generalstabes im allgemeinen und des Oberst du Paty de Clam im besonderen, um den Verräter Osterhazy zu retten. Wir wußten im Ministerium, sagte er, daß der Kommandant Osterhazy unter der Einwirkung der Anzeige von Mathieu Drehsus stand, und da wir an der Unschuld des Kommandanten nicht zweifelten, so wollten wir ihn retten."

Aber du Paty de Clam benutzte falsche Warte und blaue Brillen schon seit Beginn des Oktober, und die Anzeige des Mathieu Drehsus ist vom 14. November datiert. Reiter Demange fragt Gribelin, wie man im Ministerium von dieser Anzeige schon einen Monat, bevor sie geschah, Kenntnis haben konnte. Und Gribelin vertritt sich in seine Lüge.

Aber der Ungläubliche ist noch nicht am Ende. Oberst Picquart will einige Erklärungen über die Verlegung haben, die mit seiner Korrespondenz während seiner Sendung nach dem Osten vorgenommen wurde, und die während seines Aufenthalts in Tunis fortgesetzt wurde. Man erinnert sich, daß die meisten Briefe erbrochen wurden, und daß einer — die Fälschung Speranza —, der von einem Fälscher des Generalstabes geschrieben und an Picquart gerichtet wurde, um diesen bloßzustellen, sich im geheimen Dossier befindet.

Der Oberst Picquart fragt Gribelin, ob er von seinen Vorgesetzten den Befehl erhalten habe, seine Korrespondenz zu erbrechen. Und Gribelin antwortet mit lauter Stimme: "Nein."

Wie kam es denn, fragt Picquart, daß diese Briefe erbrochen und zurückgehalten wurden? Sie allein schickten mir meine Korrespondenz nach. Sie allein kamen meine auf einander folgenden Adressen, Sie allein können mir diesen Punkt aufhellen. Aber Gribelin, den man doch den Lampenmann nennt, stellt leinestwegs etwas vor seinem früheren Chef auf.

Aber ich lasse ihn bei seinen Widersprüchen und Lügen, um zum Kommandanten Lauth zu kommen. Dieser ist ein Offizier mit Monocle, der stets eine Reitpeitsche bei sich hat; er spricht trocken und ist mit einem Worte der Typus eines unfähigen und einseitigen Offiziers. Er dient bei der Kavallerie, und zwar den Dragonern. Es ist nur billig, daß alle Waffengattungen repräsentiert sind. Bis jetzt hat es nur Infanterie und Artillerie gegeben. Im Namen der Kavallerie wird Kommandant Lauth seine belastende Aussage machen.

Sie ist nicht lang. Man errät sofort, wie kleinlich und ehrgeizig diese Persönlichkeit ist, die vor die Generale tritt und ihnen, als sie auf den Zeugenstand tritt, ein leises Zeichen macht, wie wenn sie sagen wollte: "Habt keine Furcht! Auf mich könnt ihr rechnen!"

Er wiederholt über Drehsus und das Vorderaus die gewöhnlichen und hundertmal schon gesagten Albernheiten. Wie der General Favre, wie der Schwachkopf Gribelin, so weist auch er seinen Groll auf den Oberst Picquart. Und dieser legt ihm die stammende Frage über die Reise vor, die er mit Henry nach Basel unternommen.

Bekanntlich ließ im Jahre 1896 ein Agent Namens Cuers, den man im Kriegsgericht mit dem Buchstaben R. bezeichnet, das Nachrichtenbureau wissen, daß er schwerwiegende Enthüllungen zu machen habe und daß er unter anderem auch einen unserer Spione angeben würde. Es handelte sich um Osterhazy.

Es wäre zu umständlich zu erzählen, durch welche Mittel Henry, der nicht deutsch konnte, es doch ermöglichte, daß er mit dem Kommandanten Lauth für die Reise nach Basel bestimmt wurde.

Kurz, er war dort und schließlich wußte man, daß alle seine Bemühungen darauf gerichtet waren, den Agenten Cuers am Sprechen zu verhindern. Henry hatte ein großes Interesse, Osterhazy zu retten; er rettete sich damit selbst. Was Lauth betrifft, so versteht man seine Rolle weniger. Zweifellos wollte er seinem Vorgesetzten Henry den Hof machen, um Vorteil für sein Avancement daraus zu ziehen.

In allen Fällen sind die Erklärungen, die er giebt, erbärmlich, und als er vom Zeugenstand herabsteigt, hat endlich auch die Kavallerie dem Generalstab ihren Beitrag an Lügen geliefert.

Der Tag wurde beschlossen vom Hauptmann Jund. Er war früher Kollege von Drehsus im Generalstab und einer der 27 Belohnungszeugen im Prozeß von 1894.

Wir hatten seit Beginn der Verhandlungen sehr viel Geschwätz gehört; aber der Hauptmann Jund ließ alle, die bisher Altwieder-klaß vorgebracht haben, weit hinter sich. Wahrscheinlich hat er lediglich das Amt des Portiers im Kriegsministerium verwalet; so sehr hat er uns mit den Erzählungen idiotischer Gerüchte gemortet. Den Hauptmann Jund kann man die bödartigste und verlogenste Klatschhose dieses Prozesses nennen.

Drehsus hat eines Tages, als er mit ihm in Paris zusammen war, eine Halbweltbome gegrüßt. Als Drehsus in Mars in Garnison lag, ging er in den dortigen Civil-Klub, spielte um Geld und verlor eine beträchtliche Summe, die sein Bruder bezahlte, und so geht es weiter, wohl eine Stunde lang.

Schließlich erzählt der Hauptmann Jund alles, was Drehsus im Ministerium hat erfahren können. Er macht ihm einen Vorwurf aus seiner Kenntnis und seinem Wissen, er macht ihm eine Anklage daraus, daß er ein eifriger und tüchtiger Offizier gewesen ist.

Und als Schlussfolgerung sagt dann dieser Hauptmann auf der Suche nach den Treffen, daß Drehsus schuldig sein müsse.

Ein Wort nur erwidert Hauptmann Drehsus dem Hauptmann Jund. "Ich werde die vertraulichen Mitteilungen, die Sie mir über Ihr Privatleben gemacht haben, als ich mit Ihnen im Ministerium war, nicht heranziehen; ich habe immer meine Hände gewaschen, und ich werde sie rein halten. Ich werde niemals das Handwerk treiben, zu dem Sie sich hergeben."

Und nachdem er eine Untersuchung gefordert hat, um zu beweisen, daß er niemals den Fuß in den Civilklub von Mars gesetzt habe, nachdem er mit vibrierender Stimme auf die Angaben seines früheren Kollegen geantwortet hat überläßt der Hauptmann Drehsus Picquart das Wort.

Zwei Sätze nur spricht der Oberst Picquart, und er erklärt am Zeugenstand dem Präsidenten des Kriegsgerichts: "Wenn Sie den moralischen Wert des Zeugnisses des Hauptmanns Jund kennen wollen, so lesen Sie die drei Aussagen, die er über denselben Gegen-

*) In seinen Aussagen spielten die verschiedenen Stellungen einer Lampe eine große Rolle.

stand in den Untersuchungen Navary, Pelleug und Tavernier gemacht hat. Keine gleicht der anderen."

Mit diesen Worten wird die Sitzung aufgehoben. Im Augenblick dieser letzten Dagwischenkunft Picquarts, als dieser uns Wort bat, rief der Präsident Jousant aus: "Schon wieder!" (encore!)

Dies Wort wird hier lebhaft erörtert. Die einen setzen es auf Rechnung der Nervenspannung des Präsidenten nach einer sechs-tägigen Sitzung. Die andern sehen darin ein Zeichen seiner Parteilichkeit.

Ich glaube, daß diese letzteren Recht haben. Picquart, der Zeuge der Wahrheit, ist den Generalen sichtlich unangenehm. Die Richter des Kriegsgerichts haben mir ein viel zu militärisches Aussehen, um nicht ebenfalls durch Picquart, dessen Wort sie fürchten, unangenehm berührt zu sein.

Indessen zweifle ich stark, daß sie ihm einen Maulkorb anlegen werden.

Sociales.

Skandalöse Zustände herrschen in der Altknospinnerel und Weberei in Offenburg. Diese Fabrik, die stets ganz anständige Dividenden zahlt, importiert jetzt zu hunderten Italienerinnen, um noch höhere Dividenden herauszuschlagen. Wir entnehmen darüber dem in Karlsruhe erscheinenden "Volkstrend" folgenden Bericht:

Die jüngst gebrachte Mitteilung, daß die Italienerinnen der Spinnerei und Weberei von zwei Klosterchwestern spazieren geführt werden, entspricht den Thatsachen. Ich habe es mir angelegen sein lassen, näheres über die Beweggründe zu dieser an die Zeiten der Sklaverei erinnernde Maßregel zu erfahren, und konstatiert, daß der Transport-Spaziergang der italienischen Arbeiterinnen von Herrn Direktor Schätti selbst angeordnet wurde. Die Zustände in den Wohnungen der Italienerinnen spotten nämlich jeder Beschreibung und schon aus Gründen der guten Sitte richtet sich dieser Italienerinnen-Import von selbst. In den sogenannten Loggien der von der Aktiengesellschaft erbauten Arbeiterwohnungen geht es nämlich schon mehr "böhmisch" als italienisch zu. Die völlig sich selbst überlassenen Mädchen treiben dort die unglücklichsten Dinge, deren detaillierte Beschreibung wir uns versagen müssen. Herr Schätti hat nur zwei Klosterfrauen veranlaßt, allabendlich die Zimmer der Mädchen einer Revision auf "Mamsbilder" zu unterwerfen. Die Italienerinnen beantworteten diesen Eingriff in ihre unzulässigen Rechte einfach damit, daß sie die Zimmerthüren verschloßen. Daraufhin ließ der Fabrik-pascha, Herr Schätti, sämtliche Schlösser und Niegel von den Thüren reißen, sodas mit die "Sittlichkeits-Kontrolle" ungehindert ihres Amtes walten konnte; aber so ganz ohne Hindernis lief die Sache auch nicht immer ab, denn mehrmals rebellierten die Italienerinnen und versuchten, die Controlleuten zu prügeln. In dem italo-offenburgerischen Jargon, den die importierten Kinder des Südens sprechen, heißen diese Vorgänge: "Krad" (Krad). "Heut widder Krad g'in" erzählen sie dann mit erläuterndem Gederndspiel. Vielen von ihnen ist der "Krad" schon so verleidet, daß sie sich hilfesuchend an verschiedene, teils einflußreiche Persönlichkeiten wandten, bisher ohne Erfolg. Die Möglichkeit, in die Heimat zurückzulehren, ist für diese armen, unter allen möglichen Vorbedingungen herbeigelockten Wesen unmöglich. Sie erhalten 1,50 bis 1,80 M. Tagelohn. Verschiedene Geschäftleute geben ihnen nichts mehr auf Kredit, weil die Italienerinnen schlecht oder gar nicht bezahlen. Dabei kommen wöchentlich neue Transporte an, so allein in vorletzter Woche 125 Mädchen im Alter von 14—25 Jahren. Die Seelenverläufer, welche die Mädchen holen, bekommen außer den Spesen 10 M. pro Kopf. Also amäherender Sklavenhandel. Am Anfang werden die Italienerinnen jetzt etwas gehätselt; sie bekommen, bis sie ausgeleert haben, während einiger Wochen obengenannten Tagelohn und liefern dabei in 14 Tagen zwei Stück ab, während von den alten Arbeiterinnen das fünf- bis sechsfache verlangt wird. Kommen dann die Mädchen später in den Accord, dann finkt der Lohn und dann sehen sie erst, wie geprellt sie sind. Wie weit die Brut unter den Leuten gestiegen ist, mag man daraus entnehmen, daß der Direktor Schätti kürzlich auf dem Fabrikhof von den Italienerinnen geprügelt wurde, sodas man die Gendarmerie herbeiholte."

Kapitalistischer Worb. Auf der Quecksilberfabrik von Auerbach u. Co. in Dongebiet (Südruhlant), die viele Hunderte von Arbeiter beschäftigt, erreichte die Ordnungsfähigkeit und Gesundheitsgefährlichkeit ein so hohes Maß und forderte fortgesetzt zu zahlreicher Menschenopfer, daß das Stadlflement auf Veranlassung einer Sanitätskommission polizeilich geschlossen wurde. Der aus der Erzwascherei entnommene Staub wies bei chemischer Analyse 0,28 Proz. Quecksilber auf, und in dieser giftigen Atmosphäre mußten Mädchen von 10—14 Jahren arbeiten. Die Räume sind dunkel und ohne Ventilationsvorrichtung. Einer noch größeren Gefahr waren die Arbeiter bei der Reinigung der Kondensatoren, der Querrauchfänge und in der Mühle, wo der Quecksilberdampf gerieben wird, ausgefetzt. Die Arbeiter mußten den Rauch einatmen und zitterten unter der Einwirkung desselben wie vom Weitzanz Befallene.

Letzte Nachrichten und Depeschen.

Bremen, 23. August. (B. Z. B.) Die "Voetsmanns Bureau" meldet, ist auf der Werft von William Richardson u. Co. in Newcastle on Tyne gestern ein neuer Doppelschrauben-Passagier- und Fracht-dampfer für den Norddeutschen Lloyd" vom Stapel gelaufen. Der Dampfer, welcher eine Größe von 7500 Registertons hat und mit allen Verbesserungen der Neuzeit versehen ist, erhielt den Namen "Hamover" und ist für die Linie Bremen-Baltimore bestimmt.

Wien, 23. August. (B. Z.) Eine Meldung der "Politischen Korrespondenz" aus Rom bezeichnet das Gerücht, daß die Reise Bellou nach Wien und Berlin bevorstehe und auf Beschleunigung der Erneuerung der Dreidund-Verträge abzielen solle, als absurde Erfindung.

Jandbrud, 23. August. (B. Z.) Der Herausgeber des Blattes "Der Scherer", Habermann, der wegen Verbreitens des Hirtenbriefes des Briger Fürstbischofs angeklagt war, wurde freigesprochen.

Budapest, 23. August. (B. Z.) In Beregrados ermordete der Gaudesiger Mikita seinen Bruder, dessen Frau und zwei Kinder sowie eine zweite Schwägerin, weil er sich bei einer Erbschaft benachteiligt glaubte. Der Mörder wurde verhaftet.

Paris, 23. August. (B. Z.) Der Redacteur der "Libre Parole", Draut, wurde heute verhaftet. Er hat eine ihm wegen Beschimpfung des Gouverneurs von Algier zuerkannte Wöchige Haft abzupösen. Drumont und ein Geschäftsführer der "Libre Parole" begaben sich heute zum Polizeichef, um seine Freilassung zu erwirken, wurden aber abschlägig beschieden.

Paris, 23. August. (B. Z.) Guérin hat heute wieder das Dach seines Hauses mit Petroleum befüllt. Man glaubt, daß er die Absicht hat, Feuer anzulegen, um dann in den Tumult die Flucht zu ergreifen. In der Rue Chabrol hat heute eine Buch-druckerei das Geschäft geschlossen, weil ihre Einnahmen in den letzten Tagen wegen der Abperrung nur 3 Fr. betragen hatte.

Paris, 23. August. (B. Z.) Das Schwurgericht der Seine verurteilte heute eine ganze Anzahl Personen, welche sich am Sonntag an den Straßentumulten beteiligt hatten, zu zehn Tagen bis vier Monaten Gefängnis und zu 10 bis 100 Francs Geldbuße.

London, 23. August. (B. Z.) Im Auswärtigen Amt wird die Situation zwischen England und Transvaal als sehr ernst und der Krieg als unvermeidlich bezeichnet.

London, 23. August. (B. Z. B.) Das "Reiterische Bureau" erzählt, daß die Antwort der Regierung von Transvaal auf die Depesche Chamberlains in ihrem vollen Wortlaut gestern in London eingetroffen ist. Der Inhalt der Antwort wird geheim gehalten, jedoch wird gemeldet, daß über die betreffende Depesche augenblicklich von der Regierung beraten wird.

Aus England.

London, 21. August 1899.

Massenmeeting gegen die Londoner Wohnungsnot. — Von den irischen Landgerichtshöfen. — D. M. Hyndman über die Wahlstatistik der englischen Socialdemokratie.)

London hat gestern wieder einmal eine Massen-Versammlung von Arbeitern im Hyde-Park gesehen, die an die großen Meetings im Anfang dieses Jahrzehnts erinnerte. Sie war vom Londoner Gewerkschaftsrat veranstaltet und galt in erster Linie der schon wiederholt an dieser Stelle gekennzeichneten großen Wohnungsnot in den Londoner Volksvierteln. Die Ursachen dieser Wohnungsnot sind ebenso mannigfaltig wie ihre Auswirkungen und Wirkungen, aber eine dieser Ursachen wird drastisch dadurch illustriert, daß während die Verichte der Londoner Grundstücksbörse nur von Verkäufen zu „sehr befriedigenden Preisen“ — für die Verkäufer — zu berichten wissen, vorige Woche in der Grafschaft Lincolnshire ein Bodenkomplex, der drei Ackerstücke von zusammen 534 Acres (etwas über 210 Hektar) Land umfaßt und vor etlichen Jahren 17 000 Pfd. Sterl. gekostet hatte, für 67 000 Pfd. losgeschlagen wurde. Und auch dieser Preis wurde erst erzielt, nachdem die ursprüngliche Absicht, die Besitzung im ganzen zu verkaufen, aufgegeben und zum Verkauf in getrennten Losen geschritten worden war. Dagegen konstatierten gestern einige Redner im Hyde-Park Mietssteigerungen in Arbeiter-vierteln von bis zu hundert Prozent! Die Haus-agrarier oder die sich zwischen sie und die Wohnbedürftigen schiebenden Mittelspersonen saugen die Verbesserungen, welche der günstige Geschäftsstand den Arbeitern gebracht hat, oft völlig und mehr auf.

Diese Thatfache und andere schreiende Mißstände wurden von den Rednern auf dem gestrigen Meeting ins hellste Licht gestellt. Alle Sektionen der organisierten Arbeiterklasse waren auf ihm vertreten und in der Forderung radikaler Abhilfemittel einig. Eine am Schluß angenommene Resolution tadelt den Londoner Grafschaftsrat und die anderen Gemeindebehörden Londons, daß sie von den ihnen gesetzlich zustehenden Vollmachten zur Bekämpfung der Wohnungsnot nicht pflichtgemäß Gebrauch gemacht haben, fordert Erweiterung dieser Vollmachten und die Errichtung von Miets-Gerichtshöfen für Wohnhäuser nach dem Muster der Land- und Pacht-Gerichtshöfe für Zeland und den Norden von Schottland.

Eine zweite Resolution des Meetings gilt der Alters-versorgungsfrage. Sie fordert für alle Arbeiter, die durch Alter und Krankheit arbeitsunfähig geworden, eine ausreichende Alterspension auf Grund eines nationalen Pensionsgesetzes und „leht es ab, die Gewährung der winzigen Summe von fünf Schilling die Woche nach zurückgelegtem 65. Lebensjahr für ausreichend zu betrachten“.

Die meisten Redner beschäftigten sich mehr mit der ersten als mit der letzten Resolution, denn die Wohnungsfrage drückt zur Zeit heftiger auf die Arbeiter als die Altersversorgungsfrage. Was die vorgeschlagenen Abhilfemittel anbetrifft, so ist es zweifelhaft, ob der Grafschaftsrat in Bezug auf Errichtung von municipalen Wohnungen irgend etwas Durchgreifendes thun kann, bevor nicht seine geistlichen Vollmachten bedeutend erweitert sind. Heute ist er in Bezug auf Geldbeschaffung, Bodenwerb usw. so beengt, daß es ihm fast unmöglich ist, billige Wohnungen, wie Arbeiter sie bezahlen können, zu errichten. Eine hart besetzte Massenversammlung in Fulham (West-London), die sich Tags vorher ebenfalls mit der Wohnungsfrage beschäftigte, erklärte jede Gemeinde für verdammentwert, in der der Arbeiter nicht für sechs Schillinge die Woche eine Wohnung von mindestens vier bewohnbaren Räumen verlangen kann. Einige Gemeinden im weiteren Umkreis Londons (Richmond, Hornsey usw.) haben preiswürdige Arbeiterhäuser gebaut, aber in London selbst ist das zur Zeit ein unerreichbares Ideal. Ein erweitertes Steuer- und Enteignungsrecht, sowie durchgreifende Reform der Verkehrsmittel und Beförderungspreise, das sind die nächstliegenden Abhilfemittel für die Wohnungsnot in diesem sich unaufhörlich vermehrenden London.

Da die erwähnte Resolution der irischen Landgerichtshöfe gebührt, mögen einige Zahlen aus dem letzten Jahresbericht (1. April 1898 bis 31. März 1899) dieser, 1881 von Gladstone geschaffenen Behörden hier von Interesse sein. Seit 1881 sind vor die Landgerichtshöfe Irlands 387 727 Pachtverhältnisse zur Entscheidung gebracht worden. In 65 022 Fällen wurden die Antragsteller abgewiesen oder zogen ihre Anträge selbst zurück, so daß 322 705 Fälle verblieben, die eine Rente von 6638 571 Pfd. Sterl. repräsentierten. Die von den Pächtern festgesetzten Renten belaufen sich auf zusammen 5 246 298 Pfd., ein Abschlag von 1 392 273 Pfd., oder durchschnittlich 20,9 Proz. der alten Pachtätze. Für die ersten der gerichtlich fixierten Pächter ist die Geltungsdauer schon abgelaufen und 35 246 Fälle mit einer Rente von zusammen 601 746 Pfd. sind zur zweitenmaligen Vermessung vor die Gerichtshöfe gekommen und ist für sie eine Rente von zusammen 464 550 Pfd. Stellung normiert worden, was einen Abschlag von weiteren 22,7 Proz. ausmacht.

Diese Zahlen lesen sich sehr erbaulich, und wenn in einem solchen veröffentlichten Rundschreiben für ein Parlament-Denkmal der Lord Mayor von Dublin andrückt: „Er (Parne) fand den irischen Pächterkaiser als Sklaven vor und ließ ihn als freien Mann zurück“, so hat das auch sicher eine gewisse Berechtigung. Aber in der Hauptsache folgen die irischen Landkommisäre bei Festsetzung der gerichtlichen Pachtätze doch den Bewegungen des freien Marktes, der heute im Vereinigten Königreich überall ein Zinken der landwirtschaftlichen Pächter aufweist. In den Städten aber steigen die Mieten „naturgemäß“, d. h. gemäß der heutigen Marktlage, und ob die Gerichtshöfe das rechte Mittel wären, „billige“ Mieten zu erzielen, ist mehr wie zweifelhaft. Die Pächter können die Vorteile der Lage konstatieren, aber nicht fortbessern. Hier handelt es sich um Ausgleichung dieser Vorteile, und dazu bedarf es einer wirksamen Bodenpolitik der Staats- und Gemeindebehörden.

Der jüngst mitgeteilte Beschluß der Jahreskonferenz der Socialdemokratischen Föderation betreffs der zukünftigen Wahlstatistik (Unterstützung der Tories gegen die Liberalen, um diese zu vernichten) ist in der Presse von Freund und Feind verschiedentlich obhässlich kommentiert worden. In der gestrigen Nummer von „Meynolds Review“ antwortet D. M. Hyndman auf einige dieser Kritiken. Er begründet den Beschluß vornehmlich damit, daß die Liberalen alles thun, die Wahl von Socialdemokraten zu verhindern, resp. ihnen nirgends freies Feld zum Kampf mit den Tories überlassen. (Das gegenwärtige Wahlsystem ist den „dritten“ Kandidaten stets sehr ungnädig.) So lange die Liberalen diese Praxis befolgten, seien sie als die schlimmsten Feinde der Socialdemokratie zu betrachten. Die beste Politik, um das zu vermeiden, sei daher für die Liberalen, den Socialdemokraten in einer vernünftig bemessenen Anzahl von Wahlkreisen zuzulassen das Wahlrecht freizulassen. Sind die Leiter der liberalen Partei gewillt, und einen derartigen Vorschlag zu machen und zu zeigen, daß sie ihn auf Wort durchzuführen bereit sind, so möchten, glaube ich, die Mitglieder der Socialdemokratischen Föderation zu irgend einer billigen Abmachung bereit sein, ohne natürlich unsere Prinzipien irgendwie zu kompromittieren. Ich wenigstens würde dies als die beste Lösung der Schwierigkeiten betrachten, und ich sehe nicht ein, daß irgend ein ehrlicher Radikaler etwas dagegen einwenden könnte.

So Hyndman. Es sei noch bemerkt, daß der „Labour Leader“ und das Monatscircular der „Unabhängigen Arbeiterpartei“ die Politik der Bekämpfung der Liberalen durch Stimmen für die konservativen als unbrauchbar und zweifelhaft bezeichnen.

Partei-Nachrichten.

Der mecklenburgische Provinzial-Parteitag wird am 17. und 18. September in Lübeck abgehalten werden, weil im heiligen Lande der Oberrhein socialdemokratische Versammlungen nicht gestattet werden. Der Entwidlung unserer Partei in Mecklenburg hat dieser Zustand noch keinen großen Abbruch getan.

Totenliste der Partei. Genosse Henri Marchor, Professor und Mitglied des Gemeinderats in Lausanne, ist in noch jüngeren Alter gestorben. 1898 wohnte er als Delegierter dem internationalen Socialistenkongreß in London bei.

In Solingen harb gleichfalls ein braver Parteigenosse, der Schuhmacher Johann Reinhardt, der stets als einer der ersten für die Sache des Proletariats in den Kampf ging.

Polizeiliches, Gerichtliches usw.

— Saalabtreiber. Der Wirt zum Alcazar in Straßburg hatte unseren dortigen Genossen Saal zu einer Versammlung zur Verfügung gestellt, zog jedoch seine Zusage kurz vor der Versammlung wieder zurück. Darüber zur Rede gestellt, erklärte er, daß er sofort nach dem Aufschlagen der Versammlungsplakate auf das Polizeikommissariat in Reudorf gerufen worden sei, wo man ihm bedeutet habe, wenn er die Versammlung stattfinden lasse, werde es ihm Schäden bringen usw. Unter dem Einfluß dieses Juredens habe er versprochen, die Versammlung nicht stattfinden zu lassen.

Unser Straßburger Parteiblatt erinnert daran, daß ein Vertreter der reichsständischen Regierung im Reichstage eine solche Beeinflussung der Wirte durch die Polizei ausdrücklich in Abrede gestellt habe.

Gewerkschaftliches.

Berlin und Umgegend.

Zur Lohnbewegung der Steinarbeiter. Eine baldige Beseitigung des Ausstandes, der in Buzslau bald sieben, in Berlin beinahe fünf Wochen dauert, ist in der nächsten Zeit, wie es nun den Anschein gewinnt, nicht zu erwarten. Der Ausstand wird sich sogar noch auf andere Orte ausdehnen, falls die Unternehmer in der bisherigen Weise weiter verfahren. Da es den Unternehmern trotz aller Bemühungen nicht gelungen ist, auch nur die annähernd notwendige Zahl von Streikbrechern zu werben, so versuchen sie, die dringlichsten Arbeiten in anderen Orten fertig stellen zu lassen. Statt der Steine aus den Buzslauer Brüchen wird Material aus den Brüchen von Springe und Altenhagen (Hannover) benutzt. Auch zu dem Bau des Kaiser Friedrich-Damens werden entgegen der Veranschlagung die erfohrungsgemäß minderwertigen Steine der hannoverschen Brüche Springe und Altenhagen verwendet. Die Steinarbeiter in diesen Orten haben sich nunmehr aber mit den Ausständigen solidarisch erklärt und werden diese Arbeiten verweigern. Auch in Dresden und Pirna haben die Steinarbeiter erklärt, für die vom Streik betroffenen Firmen keine Arbeit fertig zu stellen.

Ebenso wie die Buzslauer haben sich auch die Berliner Steinarbeiter auf eine längere Dauer des Ausstandes eingerichtet. Seit Sonnabend sind wieder 35 Mann aus Berlin abgereist, denen auswärts Arbeit beschafft werden konnte, so daß die Zahl der Ausständigen in Berlin nur noch 227 Mann beträgt. Dieser Kampf wird wesentlich dadurch in die Länge gezogen, daß den Unternehmern von den Bauverwaltungen wiederholt der festgesetzte Termin zur Fertigstellung der übernommenen Arbeiten verlängert worden ist. Diese Unterstützung der Unternehmer ist in diesem Falle besonders unangebracht, weil die Arbeiter wiederholt die Hand zum Frieden geboten haben, aber von den Unternehmern in brutaler Weise abgewiesen wurden. Der Plan der Unternehmer, durch die Verlängerung des Kampfes die bisher bewiesene Einmütigkeit der Ausständigen zu zerstören, wird an deren Solidaritätsgesühl zweifellos scheitern. Uebrigens wird die von der hiesigen Steinnachfrage geplante Generalausperrung aller Steinarbeiter Deutschlands nicht stattfinden, da sich die Vertreter des Verbandes deutscher Steinnachfrage, die kürzlich hierüber verhandelt haben, gegen ein derartiges Vorgehen erklärten.

Achtung, Tapezierer! In der letzten kombinierten Versammlung haben die Schiffler einer Anzahl Berufsklassen beschlossene Lohnforderungen zu stellen. Wir eruchen die Kollegen Deutschlands schon jetzt, hiervon Notiz zu nehmen. Die Verhältnisse sind in unserem Verne derartige, daß ein erster Konflikt nicht zu vermeiden sein wird; es empfiehlt sich deshalb, den Zugang fernzuhalten. Alle Arbeiterblätter werden um Abdruck gebeten.

Die Agitations-Kommission.

In der Sitzung des Arbeitgeber-Bundes für das Baugewerbe wurden die Forderungen der Ruzer abgelehnt, die der Bauhilfsarbeiter teilweise anerkannt. Mit der Einführung eines Tagelohnes von 8 M. (bisher 7 M.) für Ruzer konnte sich die Versammlung nicht einverstanden erklären, auch die anderen Forderungen wurden als zu weitgehend erachtet. Bei den Forderungen der Bauhilfsarbeiter (Steinträger, Mörtelträger, Wasserträger etc.) wurden die Abmachungen mit den Lohnarbeitern zugiechen, die Abschlüsse mit den Accordkolonnen jedoch der freien Vereinbarung überlassen. Die Versammlung entschied sich ferner dahin, die Streik-Klausel, die dem Bauunternehmer in der Zeit eines Ausstandes Verlängerung der Baufristen garantiert, in die Bauverträge aufzunehmen.

Deutsches Reich.

Zur Lohnbewegung der Holzarbeiter in Forst i. L. Am Sonnabend war die Arbeitslosigkeit beendet. Es haben sämtliche Unternehmer bis auf fünf die Forderungen anerkannt. Von 104 Arbeitern arbeiten 94 zu den neuen Bedingungen, 8 haben die Arbeit niedergelegt und 2 sind arbeitswillig geworden. Zugang ist daher noch fernzuhalten.

Bei der Generalkommission der Gewerkschaften Deutschlands gingen bis zum 18. August 75 912 M. für die ausgesperrten Brüder in Dänemark ein. Davon entfallen allein auf die Woche vom 9. bis 16. August 18 962 M. Unter den neu quittierten Summen befinden sich 4000 M. als 15., 16. und 17. Rate des Berliner Gewerkschafts-Lotteries und von den Zahlungen des Maurerverbandes Berlin und Bezirke 500, Steglitz und Friedenau 200, Rixdorf 50, Friedrichshagen 20, Rowanow 20, Spandau 20, Berlin Postbau Posthof 7,55 M. und von der Jahreshöhe Moabit des Porzellanarbeiter-Verbandes 13,30 M.

Der Zimmererstreik in Barmen ist beendet auf Grund folgender schriftlichen Vereinbarungen: Die Arbeitszeit beträgt im Sommer 10 Stunden, von 6 1/2 Uhr morgens. Der Durchschnittslohn beträgt 46 Pf. pro Stunde, je nach Leistung wird mehr oder weniger bezahlt. Ueberstunden sollen nur in dringenden Fällen gestattet sein. Nacht- und Sonntagsarbeit wird doppelt bezahlt. Löhnung jeden Sonnabend vor Feierabend 6 Uhr abends. Kündigung findet beiderseits nicht statt. Wahregelungen dürfen beiderseits nicht vorgenommen werden. Die Meister versprechen, so lange der Elberfelder Zimmererzustand andauert, keine Arbeit von den dortigen Meistern zu übernehmen, sowie auch während dieser Zeit keine Gesellen nach Elberfeld zu verleihen.

Wegen Streifpfeistichen wurden in Dresden drei Maurer zu je 8 Tagen Haft verurteilt, obwohl keine Verurteilung irgend einer Person festgestellt werden konnte. Die öffentliche Ordnung soll aber doch gestört worden sein.

Bergarbeiter-Bewegung. Nach und vorliegenden Mitteilungen führen sich auch in den oberbayerischen Bergen die Bergleute. Ein großer Teil derselben achört seit dem Deutschen Berg- und

Glättenarbeiter-Verbande an. Der katholische Bergarbeiter-Verein von Schliersee hat sich dem Christlichen Gewerksverein angeschlossen. Die Leute haben jetzt ihrer Gruben-Gesellschaft in Gausham in 7 Punkten formulierte Forderungen überreicht. Sie verlangen die 8stündige Schicht an Stelle der 9stündigen, einen Häuerlohn von 4,50 M., für Schläpfer 3,50 M., für Tage-Arbeiter 20 Proz. Lohn-erhöhung und für die anderen Grubenarbeiter wie Bremser, Maschinisten, Anschläger etc. ebenfalls angemessene Regulierung der Löhne, sowie kürzere Lohnzahlungsfristen.

Ausland.

Die Massenausperrung in Dänemark.

Kopenhagen, 22. August 1899.

Gestern hat der Unternehmerverein seine Drohung wahr gemacht: sämtliche Schneidergesellen, die Fuß- und Wagenschmiede, die Schlosser, sämtliche Arbeiter in den Cementfabriken, sowie bei den Straßen- und Eisenbahnbauten beschäftigten Arbeiter und die Steinzeugwerker wurden auf die Straße geworfen. Im Ganzen ist die Zahl der Ausgesperrten dadurch um 10 000 Mann erhöht worden. Außer den gestern auf die Straße geworfenen Schneidergesellen sollen auch die weiblichen Arbeiter in den Herren-Konfektionsgeschäften ausgesperrt werden. Ihre Anzahl beläuft sich auf ca. 2000.

Die Ausperrung wurde am 19. Mai dekretiert und geht also jetzt in den vierten Monat. Sie fing mit 40 000 Mann an und wird nun bald 62 000 Arbeiter umfassen.

Die jetzt vorgenommene Ausperrung ist eine doppelte Wirkung auf unsere Stellung aus. Teils haben diejenigen, welche jetzt auf die Straße geworfen werden, bisher getreulich jede Woche ihre Beiträge zur Unterstützung der Ausgesperrten bezahlt, welcher Beiträge wir also nun verlustig gehen, und teils wird die Zahl der zu Unterstützenden dadurch erhöht. Die Wirkung ist also die, daß die Beiträge von den Arbeitern hier im Lande verringert, die Ansprüche auf Unterstützung aber in hohem Grade vermehrt werden.

Kameralisch wird die Ausperrung der Arbeiterinnen unsere Stellung bedeutend verschlechtern. Ein großer Teil der Arbeiterinnen sind Frauen der schon früher Ausgesperrten und sie haben durch ihre Arbeit dazu beigetragen, den häuslichen Herd aufrecht zu erhalten. Wenn diese nun auch auf die Straße geworfen werden, stehen die betreffenden Familien ohne jede andere Unterstützung da als diejenige, welche wir im Stande sind, ihnen zu verschaffen.

Jetzt gestehen die Unternehmer öffentlich ein, daß es ihre Absicht ist, unsere gewerkschaftlichen Organisationen zu vernichten. Sie machen bekannt, daß die Ausperrung nur denjenigen Arbeitern gilt, welche den Gewerkschaften angehören, und sie verlangen, daß die Arbeiter, wenn sie vermeiden wollen, auf die Straße geworfen zu werden, eine Erklärung unterschreiben, daß sie keiner gewerkschaftlichen Organisation angehören.

Sämtliche Arbeiter in den betroffenen Branchen sind mittlerweile Mitglieder ihrer betreffenden Gewerkschaft geworden und sie haben insgesamt den schändlichen Versuch der Arbeitgeber, sie zu Verrätern an ihren Kameraden zu machen, mit Verachtung zurückgewiesen.

Die Arbeitgeber hegen wie bisher die Hoffnung, daß der Hunger uns zur Unterwerfung zwingen wird. Wir hoffen jedoch nicht, daß dies gelingen wird, und wir sind nach wie vor fest entschlossen, den Kampf für unsere Rechte und für unsere Organisation bis zum äußersten zu führen.

Aber um diesen riesenhaften Kampf siegreich bestehen zu können, müssen wir unsere Brüder im Auslande dringendem denn je bitten: kommt uns zu Hilfe!

Unsere Stellung wird mit jedem Tage schwieriger, unser Kampf wird schwerer und schwerer. Unsere eigene Widerstandskraft wird durch das vermehrte Hinschicken geschwächt und nur eine erhöhte Unterstützung von Seiten unserer ausländischen Brüder kann und in der Stand setzen, den Sieg zu erringen.

Kameraden in allen Branchen, gewährt uns deshalb jede mögliche Hilfe; ohne eure energische Hilfe würde unsere Selbständigkeit verloren sein, unsere Organisationen vernichtet und die Arbeit so vieler Jahre zur Befreiung der Arbeiterklasse von der kapitalistischen Tyrannei würde vergebens gewesen sein. Laßt dieses nicht geschehen.

Mit herzlichsten Gruß

für die Central-Gewerkschafts-Verbande in Dänemark: P. Knudsen, Geldleistungen erbiten wir wie bisher an E. Svendsen, Römervgade 22, Kopenhagen K.

Köpen, 22. August. (W. B.) Da die hiesigen Hafenarbeiter im Ausstand sind, wurden von Havre hierher Arbeiter geholt, welche die Anladung der Schiffe bewirken sollten. Die hiesigen Ausständigen veranstalten aus diesem Anlaß feindselige Kundgebungen. Die Polizei mußte einschreiten; zahlreiche Personen erlitten Verwundungen. Die Polizei nahm eine Anzahl Verhaftungen vor.

Aus der Frauenbewegung.

Verein für Frauen und Mädchen der Arbeiterklasse. Montag, den 28. August, abends 7 1/2 Uhr in den Armehallen, Kommandantenstraße 20: Vortrag des Herrn Dr. W. Borchardt zum Goethe-Jubiläum, über: „Goethes naturwissenschaftliche Arbeiten“. Um zahlreichen Besuch der Mitglieder und Gäste bittet Der Vorstand.

Dienstboten-Bewegung und Frauenrechte. Charakteristisch für die bürgerliche Frauenbewegung ist die Haltung ihrer Organe gegenüber der Dienstboten-Bewegung. Das Centralblatt des Bundes deutscher Frauenvereine vom 15. August, das nach dem Tode von Frau Schöwin von Frau Biecher-Wöhm redigiert wird, und laut verkündete, daß es das geistige Erbe der Verschiedenen in jeder Beziehung wahren werde, bringt keine Zeile über die Bewegung, der Frau Schöwin sicher Aufmerksamkeit geschenkt hätte. So sehr wir stets in ihr eine Guegnereinsehen, so müssen wir doch anerkennen, daß sie wenigstens für wichtige sociale Vorgänge nicht blind war. Die Stellungnahme der letzten Nummer der „Frauenbewegung“ ist noch interessanter. Sie bringt einen Leitartikel, in dem sie nur einen winzigen ziemlich gleichgültigen Paragraphen der Gesinde-Ordnung einsetzt, und im übrigen eine „ethische“ Mahnrede an die Hausfrauen hält. Mit keinem Wort tritt sie energisch für die Dienstbotenbewegung ein.

Das Näherinnen-Clend in Posen soll von einem katholischen Frauenverein, wie die „Köln. Volks-Zeitung“ schreibt, untersucht werden. Nach vorläufigen Mitteilungen erhalten die Näherinnen in der Damenkonfektion als Anfangsgehalt 6—10 M. monatlich, als höchster Gehalt 30 M.! Die Näherinnen erhalten für ein Duzend einfacher Damenhemden 2 M., für ein Duzend Weinscheider 2,50 M., und für ein Duzend eleganter Hemden 8 M. Am schlimmsten sind die Stickerinnen daran; sie verdienen bei angestrengtester Arbeit nur 30—50 Pf. pro Tag.

Gründungen von Klubbüchern mit billigen Restaurants werden jetzt mehr und mehr von Arbeiterinnenvereinen in Amerika in die Hand genommen. Zunächst sind es freilich nur besser gestellte Arbeiterinnen — Stenographinnen, Handelsangestellte, Bureau-Arbeiterinnen —, die in der Lage sind, sich durch gemeinsames Vorgehen ein eigenes Heim zu schaffen. Aber auch die Näherinnen Rev. Horts versuchen es, wenn auch in bescheidenster Weise, indem sie zunächst ein paar Zimmer gemietet haben und die sonst arbeitslosen Mütter einiger Arbeiterinnen die Wirtschaft führen lassen. Der jungen Bewegung ist jedenfalls das Beste zu wünschen, sie kann darauf hinwirken, den Arbeiterinnen nicht nur ein Zuhause zu errichten und eine gute Ernährung zu sichern, sie dürfte auch der Bedoimung reicher Damen, die solche Klubs als Wohlthätigkeits-Anstalten ins Leben rufen, entgegenarbeiten.

Gerichts-Beilage.

Durch ein merkwürdiges Spiel des Zufalls ist der Stein-
feger Wilhelm Leuchtenberger sowie dessen Ehefrau Auguste
Leuchtenberger in den Verdacht des schweren Diebstahls ge-
raten, der sie gestern vor die 4. Strafkammer des Land-
gerichts I führte. Die Angeklagten hatten im 4. Stock des Hauses
Frenzler Allee eine Wohnung inne, während die zweite in dem-
selben Stock belegene Wohnung von der Wittve Schergang ge-
mietet war. Die letztere hatte früher eine größere Wohnung inne
gehabt und deshalb das Mobiliar einer ganzen Etage auf dem
verschlossenen Boden unterbringen müssen. An einem Wirtstage ent-
deckte sie, daß ihre Boden völlig ausgeräumt war. Einige Zeit nach
dieser Wahrnehmung kam die Postkutsche zufällig in die Wohnung
der Leuchtenbergers. Zu ihrer Verwunderung fand sie hier ihre
familiären Sachen wieder. Auf Befragen erklärte Frau
Leuchtenberger, daß ihr Mann die Sachen vor kurzer Zeit in ihrer
Abwesenheit gekauft habe. Diese Angabe wurde von ihrem
Ehemann bestritten. Die Anklagebehörde schenkte den Beschuldigten
keinen Glauben. Im gestrigen Termine erzählte der An-
geklagte Leuchtenberger, daß er an einem Morgen umweil
seiner Wohnung auf der Straße von einem Manne ange-
sprochen worden sei, der einen Handwagen mit allerlei Hausrat zog.
Der Mann habe ihm erzählt, daß er seine Sachen verkaufen müsse,
da ihm seine Frau fortgegangen sei. Er wolle für sämtliche Sachen
100 M. haben. Der Angeklagte habe ihm schließlich 90 M. geboten,
der Mann sei damit einverstanden gewesen und beide
hätten die Sachen nach der Wohnung des Angeklagten
hinaufgetragen. Die Angeklagten hätten schwerlich auf den
Glauben des Gerichtshofes rechnen können, aber zum Glück
konnten sie zwei völlig einwandfreie Zeugen vorführen lassen, welche
dem Handel auf der Straße beigegeben hatten. So blieb nur die
Annahme übrig, daß die gestohlenen Sachen durch einen Zufall in
die Nachbarwohnung der Beschuldigten geraten waren. Die An-
geklagten mußten freigesprochen werden; der Postkutsche wurde
anbegehren, ihre Sachen für den gezahlten Preis von 90 M.
zurückzukaufen.

**Vor einigen Monaten wurde ein jugendlicher Durch-
bremer,** der 17jährige Kaufmannslehrling Fritz Hase, wegen
Intrigieren zu 9 Monaten Gefängnis verurteilt. Er war seinem
Chef mit 8000 M. durchgebrannt, die er beim Bankrott von Strauß
abgehoben hatte. Zu seinem Gefährten spielte der Matrose
Detmann Kuhn eine Hauptrolle. Hase gab an, daß Kuhn durch
Erzählungen von seinen Reisen die Abenteuerlust in ihm angefaßt
habe. Beide seien übereingekommen, zusammen nach einem fernem
Erdbteil zu gehen, sobald Hase sich in den Besitz größerer Geldmittel setzen
könne. Am 27. Mai kam Hase zu seinem Freund und erzählte ihm, daß er
8000 M. abheben solle. Kuhn war sofort bereit, jetzt durchzubrennen.
Er riet dem Hase, sich in der Waul nur Hundertmarkscheine geben zu
lassen, da sie bei dem Wechseln von Tausendmarksheinen leicht Ver-
dacht erwecken könnten. Als das Geld abgehoben war, ließen die
Beiden sich um und nahmen eine Droschke, um nach dem
Stettiner Bahnhof zu fahren. Untenwegs kürzte das Pferd.
Der abergläubische Seemann betrachtete dies als ein böses
Vorzeichen, er überredete seinen Begleiter zu einem anderen
Plan. Sie trieben sich zwei Tage in den Vororten umher.
Kuhn verführte seinen jüngeren Genossen zum vielen Trinken zu be-
wegen, da Hase aber besorgte, dann um den ganzen Raub be-
stohlen zu werden, nahm er nur Selterswasser zu sich. Schließlich
liefen sie dahin überein, daß sie auf verschiedenen Wegen nach
Mailand reisen wollten, um sich dort zu treffen. Kuhn erhielt von
dem unterschlagenen Gelde 1300 Mark. Hase wurde von
ihm getäuscht. Kuhn traf in Mailand nicht ein und
als Hase innerhalb einer kurzen Zeit alles Geld verprakt
hatte, kehrte er nach Berlin zurück und stellte sich der Behörde. Auch
Kuhn meldete sich vor einigen Wochen bei der Polizeibehörde in
Premerhafen. Er war in Amerika und Kuba gewesen und kehrte
nun mittellos nach Deutschland zurück. Gestern erhielt auch er sein
Urteil durch die vierte Strafkammer des Landgerichts I, es lautete
auf anderthalb Jahre Gefängnis, da ihm als dem An-
führer und Verführer eine härtere Strafe gebühre.

Die unrechte Instanz. Der Eigentümer Hämeling ließ
sich auf den Rat eines Freundes durch den Rechtsanwalt Leopold
Meier in einem Begehren vertreten. Das Rechtsmittel der Berufung
reichte der Rechtsanwalt statt beim Kreisaußenhof beim Bezirks-
außenhof ein. Die Berufung wurde dann als verspätet verworfen
und auch der Antrag auf Wiedereinsetzung in den
vorigen Stand wurde abgelehnt. Das Ober-Ver-
waltungsgericht führte unter anderem aus: Aller-
dings habe das Oberverwaltungsgericht durch Circularerlass vom
26. September 1876 im Interesse der Parteien angeordnet, daß die
Prozeßschriften von den Behörden, bei welchen sie zu Unrecht ein-
gereicht seien, ohne Zeitverlust der zuständigen Instanz abzuhandeln
werden sollten. Daraus folge aber nicht, daß der Kläger das
Nichteingehen seines Rechtsmittels beim Kreisaußenhof auf einen
unabwendbaren Zufall zurückführen könnte. Die Fristverlängerung
sei hier die Folge eines dem Gesetz widersprechenden Verfahrens
des Klägers oder seines Anwaltes, so daß die Wiedereinsetzung in
den vorigen Gerichtsstand unzulässig sei. Der Kläger kann jetzt
höchstens den Anwalt regresspflichtig machen.

Eine rohe Handlungsweise, die sich der Pferdebahnführer
August Lohs zu Schulden kommen ließ, fand gestern durch Urteil
der 135. Abteilung des Schöffengerichts gebührende Rührung. Der
Angeklagte hatte am 16. Juni mit einer Futtermacharin, einer Frau
Reimer, einen Wortstreit gehabt, wobei er der scharfen Zunge seiner
Gegnerin nicht gewachsen war. Um sich zu rächen, bewachte er
sich am folgenden Abend mit einem Oefenriemer und
wartete hinter der Thür versteckt, bis die Frau von
einem Ausgange nach Hause kam. Als dies geschah, überfiel
der Angeklagte die Ahnungslose und richtete sie durch Schläge mit
dem Oefenriemer dermaßen zu, daß sie ins Krankenhaus gebracht
werden mußte. Sie leidet noch heute an den Folgen der Miß-
handlung. Der Staatsanwalt beantragte gegen den Angeklagten
eine Gefängnisstrafe von zwei Monaten, der Gerichtshof hielt diese
Strafe aber für zu niedrig und erkannte auf drei Monate
Gefängnis.

Aus den Geheimnissen der Speisefett-Fabrikation. Das
Landgericht I in München hat am 20. Februar den Kaufmann Karl
W. Inhaber der Firma David Schnell, von der Anklage des
Betragens gegen §§ 10, 1 und 2 des Nahrungsmittel-Gesetzes, sowie
§ 14, 8 des Butter-, Käse- und Schmalz-Gesetzes freigesprochen.
Ein Interessent gab eines Tages Minderfett zur Untersuchung,
welches gefärbt war und aus der Fabrik des Angeklagten herrührte.
Es stellte sich heraus, daß man es mit Oleomargarine zu thun hatte,
welche von W. mit dänischer Butterfarbe gefärbt worden war. In
der Hauptverhandlung gab W. an, er habe das Fett nur deshalb ge-
färbt, weil die Kunden es wünschten. Nachdem ihm die Polizei das
Färben untersagt hatte, habe er mit seinen Konkurrenten vereinbart,
nicht mehr zu färben. Eine Zeit lang habe er dann
nicht mehr gefärbt, später aber habe er es doch wieder
gethan, weil einige Konkurrenten es ebenso gemacht hätten.
Sein Produkt habe er früher als raffiniertes Nierenfett verkauft,
weil aber nicht nur Nierenfett darin sei, habe er es später als
„raffiniertes Minderfett“ verkauft; als Butter, Schmalz oder Margarine
habe er es aber niemals bezeichnet. Benutzt habe er dieses Fett
allerdings auch zur Herstellung von Margarine, indem Sesamol und
mehr Farbe zugefetzt habe. Das Minderfett war in Rollen
hergestellt und so weich wie Butterfett, so daß das
Publikum zum Teil glaubte, es sei Butterfett, so daß
daruntergemischt. Der Angeklagte wies durch seine Arbeiter

nach, daß die Herstellung von Margarine in seinem Geschäft durch-
aus getrennt gehalten wird von der Minderfettfabrikation. Das
Gericht erachtete das Minderfett des Angeklagten nicht für ein dem
Butterfett ähnliches Produkt. Der Hauptunterschied liege in der
Konsistenz und dem Gefüge beider Nahrungsmittel und sei auch für
die sie laufenden Handfrauen erkennbar. Auf die Farbe komme es
dabei weniger an, da sie auch bei ungesättigten Fetten verschieden sei. Des-
halb wurde auf Freisprechung erkannt. — Der Staatsanwalt hatte
Revision eingelegt und vertrat die entgegengesetzte Ansicht bezüg-
lich des Unterschiedes der Speisefette. Es konnte nur auf das äußere
Aussehen an. Die ja in unedigen Handfrauen brande das Gesetz
nicht zu schätzen, es wolle vielmehr nur die nichtkundigen
schützen. Der Reichsanwalt führte dagegen folgendes aus:
Worin die Butter- oder Schmalzähnlichkeit besteht, sagt
kein Gesetz. Nur das französische Gesetz hebt hervor, daß die
Farbe der Kunstfette der Naturfette nicht ähnlich gemacht werden
darf. Bei uns kommt es nur auf die Beschaffenheit in der äußeren
Erscheinung an. Auch im Musterfettgesetz ist dieser Gesichtspunkt
ausdrücklich angegeben. Das angefochtene Urteil hat den Begriff der
Rechnlichkeit nicht zu eng gefaßt und es hat mit Recht den Schwer-
punkt auf den Gesamteindruck der Ware gelegt. — Das Reichs-
gericht erkannte danach auf Verwerfung der staatsanwaltlichen
Revision.

Versammlungen.

In der am Sonntag, den 20. August, in den „Arminhallen“ ab-
gehaltenen Versammlung des **Centralverbandes der Zimmerer**
erstattete **Kunze** den Bericht von dem am Freitag, den 11. August,
stattgehabten Verhandlungen der **Kätzchner-Kommission**. Nachdem
am Freitag zuvor von der Kommission getroffene Bestimmungen
über Lohn-, Arbeitszeit usw. von den beiderseitigen Auftraggebern
gut geheßen, wurden hier nun die Erweiterungs- oder Ausführungs-
bestimmungen verhandelt und festgelegt. Lehnen sich dieselben auch ein-
ig an die schon bekannten, bei den Maurern bestehenden an, so machten sich
des eigenartigen Berufes wegen Veränderungen und Erweiterungen
notwendig, die von unseren Vertretern gefordert wurden. So bei
dem Punkte **Wandbau** auf Holzplätzen oder Wänden, welche von
mehreren Parteien zugleich benutzt werden, wurden Verhältnisse für
Handwerkzeug gefordert. Bei Auflösung des Arbeitsverhältnisses soll
eine volle Stunde zuvor der betroffene Arbeiter in Kenntnis gesetzt
werden, damit er sein Werkzeug in Ordnung bringen kann. Bei schwebigen
Arbeiten sei ein **Wachschuß** aufzuführen n. a. m. Wurden auch seitens der
Unternehmer in diesen Punkten Schwierigkeiten gemacht, besonders
seitens des Herrn **Gerde**, der den Arbeitern gar nichts zugestehen
wollte, so wurde doch in allgemeinen die Billigkeit dieser Forderungen
anerkannt und sie deshalb festgelegt. Im Punkte **„Fahrtgeld“**
erklärte die Kommission der Unternehmer, daß sie erst einen Plan,
nach welchem Vergütung des Fahrtgeldes erfolgen solle, anarbeiten
wolle. Gefordert wurde folgendes für Arbeitsstellen, die nicht mehr
durch Stadt- und Ringbahn zu erreichen sind. Die um von
der Kätzchner-Kommission vereinbarten Bestimmungen werden
in **Platzform** gedruckt und in nächster Zeit auf den
Arbeitsstellen ausgehängt werden. Die Kosten für An-
fertigung tragen Arbeiter und Unternehmer zu gleichen Teilen.
Es haben sich die Zimmerer nunmehr stritte an die getroffenen
Vereinbarungen zu halten und alle Verzögerungen sofort dem Bureau
zu melden.

In Verbands-Angelegenheiten wurde das Vorgehen der
Zimmerer bei der Firma **Glasenapp** von sämtlichen Rednern
und der Versammlung im allgemeinen auf das ent-
schiedenste verurteilt. Die dortigen Kameraden haben es
unternommen, entgegen unseren Beschlüssen um die Lohn-
forderung von 62 1/2 Pf. die Arbeit niederzulegen, und ohne der
Kommission Mitteilung zu machen, so daß diese erst durch den
Unternehmerbund Kenntnis davon erhielt. Es wurde den be-
treffenden Kameraden aufgegeben, sofort die Arbeit wieder zu den
vereinbarten Bedingungen aufzunehmen. Es ist nochmals
die erste Bitte an sämtliche Kameraden zu richten, den
Vertrag als solchen in allen seinen Punkten aufrecht zu
halten, ebenso wie es von den Unternehmern verlangt wird.
Es wurde seitens des Vorsitzenden den Verbandskameraden ans
Herz gelegt, von nun an mehr noch wie sonst auf dem Posten zu
sein, sich auf den Arbeitsstellen gegenseitig zu kontrollieren, die von
außerhalb hier Arbeitenden zu veranlassen, daß sie sich sofort dem
verlichen Fonds anschließen, besonders aber diejenigen Kameraden,
die bisher nicht gefaßt, aber doch gerannt haben, der Organisation
zuzuführen.

**Zu einer Versammlung der streikenden Bauschler und
Einseher,** die am Mittwochabend in Feuersteins Saal tagte,
führte **Maß** als Vertreter der Kommission aus: Zwischen den
Meistern und Gesellen mache sich hinsichtlich des von den letzteren
aufgestellten **Accordtarifs** eine Meinungsverschiedenheit bemerkbar.
Dem gegenüber wolle Redner folgendes feststellen: In der gemein-
schaftlichen Sitzung der Gesellenkommission mit der Innungs-
kommission habe die erstere ausdrücklich betont, daß der betreffende
Tarif nur für Arbeiten in einfacher Ausführung gelten solle und
daß es sich darum handele, diesen Tarif in den schlechtest zahlenden
Werkstellen zur Durchführung zu bringen, und daß die Gesellen sich
in diesem Falle verpflichten, ein anständiges, d. h. den Regeln des
Handwerks entsprechendes Stück Arbeit zu liefern. Es sei eine Ver-
dehnung der Thatsachen, wenn die Meister jetzt behaupten, der frag-
liche Tarif sei unter Zustimmung der Gesellen-Kommission als ein
auch für bessere Arbeit in ganz Berlin geltender anerkannt worden.
Das sei schon deswegen hinfallig, weil in vielen Werkstellen,
wo bessere Arbeit angefertigt wird, schon vor der Bewegung
höhere Preise wie die im Tarif aufgeführten gezahlt wurden. Wenn
die Meister sich hinsichtlich ihrer Auffassung auf ihr Sitzungsprotokoll
berufen, so sei das für die Gesellen nicht maßgebend. Die Kom-
mission habe nicht verlangt, daß jedem Gesellen ein Wochenlohn von
27 M. garantiert werde, sondern sie habe die Ansicht vertreten, daß,
wenn die Forderung bewilligt wird, die Gesellen 27 M. verdienen,
und daß ihnen dann auch eine wöchentliche Abschlagszahlung in
dieser Höhe gewährt werden müsse. Es sei nicht richtig, wenn die
Meister sagen, daß die Kommission mit der Streidung aller übrigen
Forderungen, die neben dem Lohnsatz aufgestellt sind, einverstanden
wären. Den Kollegen sei demnach zu raten, daß sie unbedenklich
um die Ansicht der Meister an ihren ursprünglichen
Forderungen festhalten. — Was über die Zahl der Streikenden
und der erfolgten Bewilligungen mitgeteilt wurde, ist bereits be-
kannt. — Die Diskussion drehte sich hauptsächlich um Vorgehens-
in den einzelnen Werkstellen. Kritisiert wurde von mehreren Rednern
ein Beschluß der Central-Vertrauensmänner-Versammlung vom
Montag, wonach unter Umständen davon abgesehen werden kann,
daß die Meister zu den anerkannten Forderungen ihre Unterschrift
geben. Man wies darauf hin, daß die Kollegen in verschiedenen
Werkstellen nur wegen Verweigerung der Unterschrift die Arbeit
niedergelegt haben. Die betreffenden würden sich eine Wölge geben,
wenn sie jetzt ohne Unterschrift die Arbeit wieder aufnehmen.
Darauf bemerkte **Maß**, es sei auch nach dem Beschluß der Ver-
trauensmänner Sache der einzelnen Werkstellen, wie sie sich zu der
Forderung der Unterschrift stellen. Nur in bestimmten Fällen solle
die Ortsverwaltung in dieser Hinsicht entscheiden.

Zu einer öffentlichen Aftennacherversammlung, die am
Dienstag in Steuberts Saal tagte, fand die Besprechung einiger
Werkstellenkreise auf der Tagesordnung. Ueber den Streik in der
Fabrik von **Drechsel** wurde mitgeteilt, daß derselbe, nachdem mehr-
fache Verhandlungen der Kommission mit dem Fabrikanten statt-
gefunden haben, beendet ist, da die Forderungen der Arbeiter
bewilligt worden sind. Eine längere Aussprache rief der
Streik bei **Voigt** hervor. Aus dem Umstande, daß Voigt
kurz vor der Saison mit Lohnabsätzen vorging, schließen die Arbeiter,

daß der Fabrikant sie zum Streik provozieren wollte, um ihnen zu
zeigen, daß er sich mit Unterstützung anderer Fabrikanten über einen
Streik selbst in der Saison hinweghelfen könne. Thatsache sei, daß
die Voigtischen Arbeiter in anderen Fabriken angefertigt werden,
denn die 7-8 Streikbrecher, welche in der Voigtischen Fabrik beschäftigt
sind, könnten bei weitem nicht den Bedarf derselben decken. Ferner
wurde mitgeteilt, daß vor der Voigtischen Fabrik einige Schulleute
postiert sind, welche die in der Nähe der Fabrik weilenden Streikenden
beobachten und schon mehrfach Emissionen von Streikenden, die
sich auf der Straße aufhielten, vorgenommen haben. Ein Beamter
soll sogar versucht haben, den Streikenden den Aufenthalt in einem
bestimmten Schauffloß zu unterlagen. Ein Redner machte
die Mitteilung, als er sich in der Nähe der Voigtischen
Fabrik aufhielt, habe einer der daselbst beschäftigten
Arbeitswilligen zu ihm gesagt: „Wann Du hier nicht
weg gehst, drehe ich Dir das Genick um.“ Das habe der Redner
einem der vor der Fabrik postierten Schulleute erzählt, um dem
Beamten zu zeigen, daß nicht die Streikenden, sondern die Arbeits-
willigen ihre Gegner bedrohen. Der Schutzmann habe darauf
erwidert: „Ja, warum stehen Sie denn hier, gehen Sie
doch weg. Sie haben ja gar kein Recht, hier zu stehen.“
— Nachdem dieser Redner geendet hatte, bemerkte der Vor-
sitzende der Versammlung, der überwachende Beamte wolle
die Nummer des betreffenden Schutzmannes wissen. Der Vor-
sitzende eruchte aber seine Kollegen, die Nummer nicht anzugeben,
denn dem in Rede stehenden Beamten könnten daraus Unannehmlich-
keiten erwachsen und man möge sich nicht zum Demütigsten her-
geben. — Der Voigtische Streik wurde hierauf noch weiter besprochen
und auch die Aussperrung bei **Gimporn** kurz behandelt. Ueber die
letzte ist nichts Besonderliches zu berichten.

**Die Liquidationskommission des Fachvereins der
Tischler** hielt am 18. d. M. eine Sitzung ab. Nach der Schluß-
abrechnung war ein Vermögen von 4000 M. in Wertpapieren und
299,50 M. in barem Gelde vorhanden, welches laut Beschluß der
Generalversammlung der Lokalfasse der Tischler Berlin des deutschen
Holzarbeiter-Verbandes übergeben wurde.

Der Verband der Möbelpolierer (Bilale Osten) hielt am
21. August seine Versammlung ab. Zunächst wurde das Andenken
des Kollegen **Suitner** in der üblichen Weise gelehrt. Dann sprach
Sassenbaum über Zwangsleistungen. Hierauf wurde **Burk-
hardt** zum Bevollmächtigten für Osnabrück gewählt. Nach einer Auf-
forderung, sich recht zahlreich an der am nächsten Sonntag statt-
findenden Herren-Partie zu beteiligen, erfolgte Schluß der Ver-
sammlung.

Friedrichshagen. Nach einem einstündigen Referat des
Reichstags-Abgeordneten **Fr. Rubell** über: „Kam die Socialdemo-
kratie unter der preussischen Landgemeinde-Ordnung ihre Interessen in
der Gemeindeverwaltung vertreten“, wurde von der Versammlung
des hiesigen socialdemokratischen Wahlvereins eine Resolution an-
genommen, welche dem Referenten zustimmte und die Wahlvereins-
mitglieder verpflichtete, mit allen Kräften dafür zu wirken, daß bei
den nächsten Gemeindevertreter-Wahlen auch die Arbeiterpartei ihre
Kandidaten durchbringt. Der Vorstand wurde beauftragt, die
eventuellen Schritte einzuleiten.

**Verband deutscher Barbier, Friseur und Perrückenmacher-
Gesellen** (Zweigverein Berlin). Donnerstag, den 24. d. M. abends
10 1/2 Uhr bei **Schüler, Rosenfelderstraße 57**: Versammlung, Tagesordnung:
Die Erneuerung der Hochschule für das Winterhalbjahr. Wäße will-
kommen.

Heinoldsdorf. Freitag den 25. August, abends 8 1/2 Uhr: Öffentliche
Volksversammlung für Männer und Frauen. Thema: **Tudersalo-Kongreß.**

- Für die ausgesperrten Arbeiter Dänemarks** gingen bei der
Berliner Gewerkschaftskommission folgende Beiträge ein:
- Gesamtheit d. G. Werner, Berlin II, 45,35, Gef. v. Werner, Wilhelms-
straße 3,75, Kaiserwerftalt B. Lange, Westfälstr. 8,70, Personal der
„Urania“, Taubenstr. 6,60, Knopfabrik v. Ransche, 3. Rate 8,10, Tischler-
fabrik, Gartenstr. 34, 4, —, Brauereiarbeiter von Tietel u. Berlin
2,50, Pauer auf Pflzen durch F. Schulz 23,50, Stuccature, Dorfstr.
auf Pflzen durch Pflschütz 60, —, Geburthsarzt Dr. Kellias Meyer, 3, —,
Gesamtheit d. Enders 15,65, Monteur, Bau Jung, Westfälstr. 10,80,
Centralverein der Töpfer 200, —, Spielzeugfabrik v. Berlin u. Pflschütz,
12,30, Lithographische Anstalt v. Gola 7, —, Maurer (central) auf
Pflzen d. W. Schulz 81,10, Tischlerei Kerschot, 3. Rate 5,50, Pianofabrik
von Kießer (darunter Ueberbühnen aus Kranzstraße) 23,01, Buchdrucker
R. Hading (Verlagsteilung) 20, —, Bau Arbeiter, Hagedorferstraße,
9,75, J. C. Pfaff (Saal I) 11, —, Buchbinder R. Hading 10, —,
Betrieb Union, Elektr. Gesellschaft 22,30, Betrieb v. Pöwe 20,65, Wäsche-
branche durch Stenow 20, —, Arbeiter und Maschinenarbeiter von
A. G. Jellens 19,30, Stuccature durch Schulz auf Pflzen 20,30, Arbeits-
nachweise der Bühler, Heibelstr. 8,15, Buchdruckeri Gebr. U. 5,30,
Einige Eisenbahner Berlin 10,40, Arbeiter, Ulf, Dorfstr. auf Pflzen 20,45,
Arb. v. Friedr. u. Pflschütz 7,25, Buchdrucker v. Gohmann 4, —, Pianofabrik
von W. Dreger u. Co. 5,60, Buchdrucker von Frei u. Co., 3. Rate 3,40,
Buchdruckeri Billig Nachh. 9,40, Personal d. Buchdruckeri J. Sittenfeld
d. Rate 51,53, 3 „Wilde Schutzhelfer“ 1,50, Klempner u. Puffel,
amerik. Station 5, —, Maschinenfabrik v. J. Ranspe 6, —, Tapezierer,
Obernstraße 30, 10, —, Möbelfabrik v. Hülle, außer 4 Kollern, 10,50,
Möbelfabr. v. Witte, Königsbergerstraße, 10,75, Familie D. 3, —, Tischler
v. J. C. Pfaff, Saal 4, darunter 2,75 von Bognerstr. 12,75, Wöbelfabr.
v. Gange, Arbeiter, 10, —, Tischlerei Müller, Grudstr. 63, 4,82,
Verf. Janischewski, 5. Rate 4,95, Tapezierer v. Th. Fort, Kerschot
u. Co., 3. Rate 20, —, Tischfabrik v. Richter, Kiderbörgerstraße, 3. Rate
12,80, Möbelfabrik v. Schröpp u. Witter, außer Vöndlangarbeiter 14,45,
Schuhmacher d. Burghagen 13, —, Tischlerei Kiebel, Gendarmenstraße, außer
drei 5,25, Puffel u. Wolf, Tischlerei 5, —, Wöbelfabr. Berlin Hoffnung
10, —, Schmitz, Arb. d. Möbelfabrik v. Hölzler, Kroll u. Co., 6. Rate 45,65,
K. Reußel, Brinzenstr. 2,75, Krollstr. 2, —, Gef. v. Steinbrunn, aus Pflzen 25,65,
Steindrucker und Lithographen Berlin, Filiale I 23,55, Tischlerei von
Gärtner, Elisabeth-Str. 7, —, Tischlerei Union, Maximiliansstraße, 29,70,
Von den Drechern der Union, Gutfenstraße, 90,70, Bildhauerwerkstatt von
Dime, 3. Rate 6, —, Verband der Buchdruckeri - Hilfsarbeiterinnen,
Zahlfleisch Berlin 30, —, Grauburgerhelfen von D. Rösner 6,80, Verein
der Chemigraphen durch Sahm 75,60, Geburthsarzt Dr. Kellias Meyer
aus der Jagowstraße 2,65, Tischlerei Stern, Seliger u. Co. 6,80,
G. Ralf, Kaiserin Augustastr. 2,50, Porzellan- Arbeiter 8,45,
Schneider u. Schneiderinnen Berlin d. Stube 97,20, Tischlerei Böhler,
4. u. 5. Rate 11,40, Arbeitsnachweise d. Bühler, Heibelstr. 8,15, —,
Schuhmacher durch Burghagen 9,95, Schuhmacherverkalt Dime 1, —,
Siefert 10, —, Tischlerei Siebert, Rantowstr. 2,85, Tischlerei Ehr.
Schaar, Gendarmenstraße, 15, —, Tischlerei Pohl 12,95, 4 Bildhauer 2, —,
Tischlerei Obergardt, Michaelstraße, 3. Rate 15, —, Tischlerei K. Redd, Frucht-
straße, 5,20, Treppengeländerfabr. v. Vöttgen u. Brand 10,35, Tischlerei v.
Möller u. Schmidt 4. Rate 7,70, Tischlerei Fr. A. Drewe 20, —, Tischlerei
von Pöhlitz u. Hartmann 5. Rate 8,90, Tischlerei Späthe, außer einem,
3. Rate 2,80, Tischlerei Elshoff und vier Bauarbeiter, außer einem 20,00,
Tischlerei Kießing, Waldemarstraße, 7,90, Bildh. 9,45, Busche 5,85, Amerikan.
Kultion d. d. G. Heiber bei Gola, Grünauerstraße, 5,50, Maschinenfabrik
von Wolff u. Wallow außer einem Arbeiter 10,15, Doymann 7,25,
Dachdecker d. Petri 25,30, Möbelfabrik von Dittmar, Kollernmarkt, 11, —,
Kerlarbeiter Berlin 13,00, Tischlerei Kraft, 2. Rate 6,65, Tischlerei
Kieße, Ort 8,55, Drechsler Neuensalerstr. 60, 2,80, Arbeiter von Hoff-
stein, Johannstraße, 3. Rate 41,40, Tischlerei Stern u. Hölzler, Berlin
Wart 7,45, Buchdruckeri Greve 4. Rate 7,75, Schuhfabrik Helm u. Sohn
4. Rate 12,70, Verband der Bauarbeiter Weihenfeld 15, —, Gesamtamt
von Vertrauensmann der Gewerkschaften von Weihenfeld 70,75, Möbel-
fabrik v. Grolsch, Bodanstraße, 26,90, Organische Gutmacher 4. Rate 50, —,
Pianofabrik von Beckstein, Grünauerstr. 42,35, 3. Rate, —, Pianofabrik v.
Dito, Pflzenstraße, 5. Rate 16,65, Tischlerei Schirmmeyer, Langestraße
7,50, Pianofabrik von Giese u. Meinke, Dissenbachstraße, 6,20, Tischlerei
Körner, Gendarmenstraße, 18,55, Maschinenbauer von Hartmann, Gendarmen-
straße, 12,50, Tischlerei Gauh, Frankfurterstraße, 9. Rate 7,75, Tischlerei
R. Trapp, Or. Frankfurterstraße, 6, —, Pianofabrik U. Stewert 6,30, Piano-
fabrik v. Knabe u. Thal 3,10, 2. Rate, Pianofab. von Gerdt, Kollernstr. 5,80,
Zettner 1,60, Möbelpolierer von Seifert u. Wolf, Frankfurterstraße, 2. Rate
18,00, Tischlerei Kroll, Königsbergerstraße, 3. Rate 9,10, Ernst Krüge
6,75, d. Gombi 5,50.
- Weitere Beiträge werden im Berliner Gewerkschaftsbureau,
Kunzestr. 16, I, vormittags 10-1 Uhr, nachmittags 6-8 Uhr entgegen ge-
nommen.
Der Aufsatz der Berliner Gewerkschaftskommission.

Für den Inhalt der Inserate übernimmt die Redaktion dem Publikum gegenüber keinerlei Verantwortung.

Theater.

Donnerstag, 24. August.
Neues Opern-Theater (Kroff).
Die Hebräer. Anfang 7 1/2 Uhr.
Sefing. Das alte Kind. Anfang 7 1/2 Uhr.
Neues. Kivito. Anfang 7 1/2 Uhr.
Westen. Der Mikado. Auf. 7 1/2 Uhr.
Schiller. Carmen. Anfang 7 1/2 Uhr.
Central. Der Heiratmarkt. Anfang 8 Uhr.
Friedrich-Wilhelmstädtisches.
Germinal oder: Der Streif der Bergarbeiter. Anfang 8 Uhr.
Alexanderplatz. Rana. Auf. 8 Uhr.
Chend. Die Kubanerin. Anfang 8 Uhr.
Ennen. Glycerin. Hierauf: Der Kammerleiter. Anfang 8 Uhr.
Metropol. Berlin lacht! Anfang 8 Uhr.
Wette-Alliance. Spezialitäten-Vorstellung. Anfang 8 Uhr.
Apollo. Frau Luna. Spezialitäten-Vorstellung. Anfang 8 Uhr.
Reichshallen. Stettiner Sänger. Anfang 8 Uhr.
Passage-Panopticum. Spezialitäten-Vorstellung.
Urania. Invalidenstr. 57/62.
Täglich abends von 8-10 Uhr: Sternwarte.
Taubenstr. 48/49. Im Theater
Das Land der Fjorde. Anfang 8 Uhr.

Schiller-Theater

(Wallner-Theater).
Morwitz-Oper.
Donnerstag, abds. 7 1/2 Uhr:
Sum legtenmal:
Carmen (gewöhnliche kleine Preise).
Freitag, abds. 7 1/2 Uhr,
bei halben Preisen zum legtenmal:
Die Jüdin.
Sonnenabend, abds. 7 1/2 Uhr,
Klassische Opern-Vorstellung
bei halben Preisen:
Der Freischütz.
Sonntag, nachmittags 3 Uhr:
Sperre nachmittags-Vorstellung
bei halben Preisen:
Czar und Zimmermann.
Abds. 7 1/2 Uhr:
Sperre Sonntag: Vorstellung
Die lustigen Weiber von Windsor.
Es finden nur noch 6 Opern-
Vorstellungen statt.

Friedrich-Wilhelmst. Theater

Chausseestr. 25/26.
Abends 8 Uhr: Sum 19. Male:
Germinal oder: Der Streif
der Bergarbeiter.
Sensationsst. in 6 Aufzügen nach
dem gleichnamigen Roman
v. Emile Zola. Regie: Fernand Ottomener.
1. Bild: In Ketten und Eisen. 2. Bild:
Der Schwur. 3. Bild: Beim Berg-
werksdirektor. 4. Bild: Brot! Brot!
Brot! 5. Bild: Am Rande des Ab-
grundes. 6. Bild: Der Zusammenbruch.
im Friedrich-Wilhelmst. Konzertpark:
Große Schönheits-Konkurrenz.
Die schönste Dame
wird prämiert und erhält als Geschenk
eine goldene Damenuhr.

Berlin amüsiert sich!

Hauptrollen: Lena Harrison, Mlle.
Popolair, Pucelle Guillard, Professor
Evengali. Das Stück des 19. Jahr-
hunderts: Huberto Vincento.
Mit Orchester, Salon-Orchester, hebt
u. a. ein Piano mit dem Pianisten,
Bary Franz-Truppe, Krobaten,
6 Personen. Eugen Willard, der
amüsante Karikaturist etc.
Außerdem 20 Spezialitäten.
Entree 30 Pf.

Central-Theater

Direktion: José Forenzy.
Auffspiel-Ensemble (Hr. Milly Krauss
vom Igl. Schauspielhaus, Herr Otto
Pahlau vom Schiller-Theater, Herr
Rich. Ewald vom Thalia-Theater als
Witze).

Der Heiratmarkt.

Schwank in 3 Akten v. G. Ostrowski.
Anfang 8 Uhr.
Morgen und folgende Tage: Die
selbe Vorstellung.

Chend-Carl-Weiß-Theater.

Gr. Frankfurterstr. 132.
Täglich:
Die Kubanerin.
Anfang 8 Uhr.
Vorzugsbillets haben Gültigkeit.
Im Garten: Spezialitäten-Vorstellung.
Anfang 8 1/2 Uhr.
20 stimmbegabte junge Damen
können sich melden.

Palast-Theater

früher
Feen-Palast, Burgstr. 22.
Direktion: Winkler und Fröbel.
Sonabend, 2. September:
Eröffnung
der durchweg wunderbar renovierten
Niesen-Bruchtränne.
Grosses (72780*)
Spezialitäten-Programm.
Vom Besten das Beste!
Sum 1. Male:
Sperre-Löffchen!
Große Original-Kuchentragende Poste.
30 junge Chordamen
können sich melden vormittags von
11-12 im Bureau des Palast-Theater,
Burgstr. 22.

Urania Freie Volksbühne.

Taubenstr. 48/49.
Um 8 Uhr: Im Theater:
Das Land der Fjorde.
Invalidenstr. 57/62:
Tägl. Sternwarte.
Nachmittags täglich 5-10 Uhr.

Passage-Panopticum

Geöffnet von
9 Uhr früh bis
10 Uhr abends.
Neu! Neu!
Das urkomische
Bückerburger
Bauern-
Ensemble.
Anfang der Vor-
stellung 8 Uhr
abends.

CASTANS PANOPTICUM

Die sensationellen
lebenden
Photographien!
in Lebensgrösse.
Die russische
Damenkapelle „Mignon“
in moskowitzischen Kostümen.
Viele neue plastische
Gruppen und Figuren.

Metropol-Theater.

Behrenstr. 55/57.
Grösster Saison-Erfolg!!!
Berlin lacht!
und das reizende
Presse-Ballett.
Hierzu: Neues Spezial-Programm
U. a. Robinson Baker-Trio, Japanesen
Fuhushima Truppe, Werner-Amoros-
Company etc. etc.
Anfang 8 Uhr.

Apollo-Theater.

Frau Luna

mit dem Luftballett „Gigolotis“.
Ausstattungs-Operette v. Bolten-
Baekers. Musik von Paul Lincke.

* Otto Rentler *

usw. usw. usw.
Garten-Konzert 7 Uhr.
Anfang der Vorstellung 8 Uhr.
Vorverkauf täglich im Theater und
beim „Kunstlerdank“, Unter den
Linden 69.
Freitag, den 1. September
Eröffnung
der Winter-Saison
12 sensationelle Debuts.

Reichshallen.

Garten resp. Saal
täglich:
Stettiner Sänger
(Wechsel:
Vieira, Britton,
Ziehl, Krone,
Kirchmayer,
Schneider
und Schrader).



W. Noacks Theater.

Brannenstr. 16.
Täglich: Theater u. Spezialitäten-
Vorstellung.
Ein lustiger Streich.
Pöffe mit Gesang in 1 Akt von Braune.
Das Blumenmädchen.
Vollständ. mit Gesang in 2 Akten
von Johann Schner.
Im Saale: Tanzkränzchen.

Victoria-Brauerei

Lützenstr. 111/112.
Im Naturgarten oder Saal:
Täglich
Humoristische Vorträge der
Norddeutschen Sänger
(Fährmann,
Horst, Walde).
Anf. Sonntag
präz. 7. wochen-
tägl. 8 Uhr.
Entree 50 Pf.
Sonnt. 10 Pf.
Familienbillets
3 = 1 Pf.
Sonntag und
Donnerstag nach der Vorbeurung:
Tanzkränzchen.

Montag, den 28. August, abends 8 Uhr: **Goethefeier** in
Kellers Festsaal, Koppenstr. 29. Vortrag des Herrn
Dr. R. Steiner über: Goethe und die Gegenwart.
4. Serie. 1. Abteilung. Sonntag, den 3. September, 2 1/2 Uhr, im
Lessing-Theater: Die Journalisten.
Folgende Abteilungen am 10., 17., 24. Sept., 1. u. 8. Oktober.
5. Serie: **Goethes Faust.**

Achtung!

Die Mitglieder werden dringend ersucht, bei
Umschreibungen in eine andere Zahlstelle ihre
neuen Karten aus der alten Zahlstelle abzuholen, da dieselben
dort für sie deponiert sind und ihnen nach Begleichung
event. Beitragsgeld ausgehändigt werden. **Neue Mit-**
glieder können sich täglich in allen Zahlstellen zur Aufnahme
in die 5. oder 6. Abteilung melden. — Die ersten 4 Abteilungen
sind geschlossen.

Von heute ab gelangen die neuen Karten zur Ausgabe
in den Zahlstellen. 230/14
Die dem Verein angehörenden Geschäftsleute werden
besonders auf den Inseratenteil der Monatschrift „Freie Volks-
bühne“ aufmerksam gemacht. Inserate zu mässigen Be-
dingungen werden für die nächste Nummer bis 22. August
angenommen beim Schriftführer J. Cohn, N. Berlin, Raumer-
strasse 53 III, oder beim Unterzeichneten.
Die Zahlstelle 22 befindet sich bei Ladewig, Kommandantenstr. 65.

Achtung, Ordner! Eine Ordner-Sitzung findet

am Sonnabend, den 26. August, 8 1/2 Uhr, im Restaurant
Zabell, zur Neuinstellung der Ordner-Kommission, statt. —
Das Erscheinen aller Ordner ist erforderlich. Einige neue
Ordner können sich in dieser Sitzung melden.
Der Vorstand. I. A.: G. Winkler, Rixdorf, Kirchhofstr. 46.

Max Kliems Sommer-Theater

Hasenheide 14-15. Kritische Leitung: Paul Wiltbig.
Täglich: Großes Garten-Konzert.
Auftreten des gesamten Schauspiel- u. Spezialitäten-Personals.
Nur erstklassige Kräfte.

Georg Fischer (Fiederjäger), Ernst Kühne (Charakter-Komiker), Fritz Verra
(Kofin + Soubrette), Charles Gilton (Genialbrill), The Original Secars
(Wustfälliger Akt), Mlle. Marguerite mit ihren Haisentauben, Les Figanos
(Instrumentalisten).

Neues gediegenes Familien-Programm.

Entree: Wochentags 20 Pf. | Entree: Sonntags 25 Pf.
Numerierter Platz 40 Pf. | Numerierter Platz 50 Pf.
Anfang des Konzerts täglich 4 Uhr. | Anfang der Vorstellung 8 Uhr.
In den Gefässen: **Großer Ball.**
Die Raucherfläche ist geheizt. **Max Allem.**

Schweizergarten

Am Königsthor. Heute: Am Friedrichshain.
Leztes diesjähr. grosses Sommernachtsfest
mit Gratis-Präsent-Verteilung.
Grosse Extra-Festvorstellung und Ball.
Anfang 5 Uhr. Entree 30 Pf.
Passepartouts und Sommerkarten haben Gültigkeit.
Vorzeiger dieses Ausschnittes zahlt nur halbes Entree.

Sanssouci, Kottbuserstr. 4a.

Sonabend, den 26. August cr., abends 8 Uhr:
Eröffnungsvorstellung
Hoffmanns Norddeutsche Sänger.
Anfang der Vorstellung: Sonntag 7 Uhr. Wochentags
8 Uhr. Sonntag: Numeriert. Sperrig 75 Pf. Entree
50 Pf. Wochentags: Sperrig 60 Pf. Entree 40 Pf.,
im Vorverkauf Sperrig 60 Pf. Entree 30 Pf.
Billets im Vorverkauf sind zu haben in den Cigarren-
geschäften von Doeler u. Wolf, Kottbuserstr. 1, Alfred
Begner, Kottbuserstr. 1, Paul Juhl, Brägerstr. 24a.

Essig selbst zu bereiten

ist höchst einfach und kostsparrlich mit **Reichels Extrastarker**
Essig-Essenz. Wicht! Ist mit diesem Essig den gefundestesten Essig
Essig und mit abgekochtem Wasser vorzüglichsten Gimmacher-Essig, von dem
selben Wohlgeschmack und Aroma wie guter Weinessig und ist viel besser,
reiner und billiger wie anderer Essig. Dieser selbstbereitete Essig ist
absolut rein und klar, verdirbt nie und bleibt frei von Essig-Raten. In
solchem Essig eingemachte Früchte halten sich garhrtig. In Originalflaschen
mit Wachsbad, jeder Zeilstrich auf eine Weinschale voll. Zu 12 oder 6 Weins-
schalen Essig M. a. l. — u. 0,50.
Die Selbstbereitung von Cognac, Rum und feinsten
Liquoren mit den kombinirten Original-**Reichels**
Essenzen. (Patentamtlich geschützt.) Geht nur mit meinem Namenszug und
einzig und allein nur direkt erhältlich bei **Dr. Otto Reichel, Berlin, Eichen-**
baumstr. 4. Amt IV. 3190. Verkaufsstellen nirgend. Zuführung durch
meine Gespanne frei Haus, auch einzelne Flaschen. Doppelpack mit
Rezepten gratis und franco, nebst Rezepten zu hochweinem Cier-Kognat
und Wäldem Rum-Kompo.

Prater-Theater

Kohlehaus-Allee 7/9.
Täglich: Doras Reil. Vollständig
mit Gesang u. Tanz v. Hugo Schulz,
Rudolf von A. Berlin. Kohlehaus-Allee
Freud. Lueta Sarow. Herr. Mardo,
Grot. Duett. Tauma-Quartett, Gesang
und Tanz. Die 3 Schönbrunn, im-
moralesches Bilderbuch. The 4 Flaschen.
Arcentrio. Ballettgesellschaft Döring.
Vendario-Trio, Operettist am Hand-
Trapes. Daniel-Truppe, Pantomime.
Konzert und Ball.
Eintritt Sonntag und wochentags
30 Pf. num. Platz 50 Pf. Kalbo.

Ostbahn-Park

Hermann Imbs
71 Räderdorfer Str. 71,
am Räderer Platz.
Täglich: Konzert, Theater-
und Spezialitäten-Vorstellung.
Nur erstklassige Nummern.
Anfang: Sonntag 4 Uhr. Entree 20 Pf.
Sonnt. 10 Pf. Sperrig nachts 10 Pf.
Anfang: Wochent. 6 Uhr. Entree 10 Pf.
Sonnt. 10 Pf. Sperrig nachts 10 Pf.
Jeden Dienstag:
Norddeutsche Sänger.
Hermann Imbs, Direktor.

R. Ballschmieders

„Kastanienwäldchen“
Konzertgarten u. Bruchstücke
Badstr. 16. Gesundheitsbrunnen. Badstr. 16.
Täglich:
Gr. Promenaden-Konzert.
Jeden Donnerstag:
Elite-Streich-Konzert.
Sonntags: **Großer Ball** im
neuerbauten Saal.
Empfehle meine Säle zu allen Fest-
lichkeiten. R. Ballschmieder.

Achtung!

Sonntag, den 27. August, in Wittes Volksgarten (fr. Köllnberg)
Wilmerdorf:
Grosse Lassalle-Feier
veranstaltet vom
Wahlverein des 2. Berliner Reichstags-Wahlkreises
unter Mitwirkung der Civil-Berufsmänner sowie der Gesangsvereine „Proß-
Festung“, „Gerechtigkeit W.“ und „Freiheit W.“ unter Leitung des
Dirigenten Herrn Dille u. Berger. — Gr. Fackelzug. Stadtlaternen gratis.
Entree 20 Pf. — Tanz 30 Pf. — Anfang nachmittags 4 Uhr.
Um rege Beteiligung ersucht 236/15 Der Vorstand.

Achtung!

Kolberger Salon, Kolbergerstr. 23.
Sonntag, den 27. August cr.:
Grosses Sommerfest und Theater-Aufführung
arrangiert vom Gesangsverein „Rote Kette II“ (Mitgl. des A. S. V.)
zum Besten der ausgeperrten dänischen Arbeiter.
Nachher: **Tanz.**
Anfang 4 Uhr. 20008 Programm 25 Pf.

Gewerkschaftshaus

G. m. b. H.
Nachdem der Bau des **Gewerkschaftshaus** (Berlin SO., Engelauer 15)
so weit vorgeschritten, daß die Eröffnung am 1. April 1900 gesichert ist,
fordern wir diejenigen Gewerkschafts- und Krankenversicherungs-Vorstände, welche
Bureaus in diesem Hause zu mieten wünschen, auf, sich möglichst umgehend
an unsere Geschäftsstelle
Berlin N., Invalidenstr. 118 (Cuergedäude 2 Treppen)
vormittags 9-12 Uhr
zu wenden. Die Räumlichkeiten können im Voraus besichtigt und eventuell
gewünschte kleine bauliche Änderungen noch berücksichtigt werden.
Die Geschäftsführer:
R. Millarg. R. Hagen. J. Sassenbach.

Lungen-, Magen- und Nierenleidende!

Gute Donnerstag, abds. 8 1/2 Uhr, bei Keller,
Koppenstr. 29, und Freitag, den 25. August,
abds. 8 1/2 Uhr, Kunderstr. 21. Über
Frauenleiden.
Erörtert Vortrag wird am nächsten Dienstag
für Männer und Frauen; letzterer für Frauen an
Vorträgen vom trakt. Naturheilkundigen **Grund-**
mann erklärt. Gänge für 20 Pf. eine Broschüre.
Der Vorstand des Naturheilvereins, C. Ragazinski 17.
Sprechstunde 11-1, 6-8, Sonntag 11-12.

Zur Kenntnisnahme

der **Schwerhörigen.**
„Hörrohr Miniature“
nur noch bis **Sonabend, 26. d. M.**
in Kiskalka Hotel Stadt London,
Gde Leipzigerstr. und Köpenickerstr. — Sprechstunden: morgens
von 8-1, nachmittags von 2 1/2-7 Uhr.
134/8 **H. Frensdorf u. Co. aus Hamburg.**

Arbeiter-Berufsartikel u. Wäsche

ausschließlich eigenes Fabrikat. — Spezialität: Arbeiter-Berufs-
kleidung: Blau-Roper-Jacken M. 1,65, Reizend je nach Größe um 10 Pf., Blau
tittel Dojen, in allen Längen, M. 1,65. Arbeiterhemden, Hüsen, Wäster,
Röper u. Monteurhemden. **D. Wurzel & Co., Bräunerstr. 17.**

W. Noacks Festsäle,

Brannenstr. 16.
Empfehle meine neu renovierten
Säle Vereinen und Gewerkschaften
unter coulantesten Bedingungen.
Auch sind noch einige **Sonn-**
abende frei. 2073b

Hirtes Festfale.

Empfehle den Vereinen meinen
renovierten Saal und Nebenräume
für Sonnabend und Sonntag zu
Festlichkeiten. Auch sind Bereit-
stimmer sowie 2 Regalbahnen zu ver-
geben. 2006b
Elisabethkirchstr. 14.

Möbel auf Teilzahlung.

J. Kellermann,
Friedrichstr. 97,
parterre, Eingang vom Flur. *

Import. Export. Cigarren Engros. Versand.

Die zahlreichen Nachbestellungen, die uns fortgesetzt aus dem Leserkreis dieser Zeitung
zugehen, beweisen uns, dass unsere Bestrebungen, für mässige Preise gute Qualitäten
zu liefern, volle Anerkennung gefunden haben. Wir empfehlen heute als besonders beliebt:

100 Stück Mk. 3,75.	Haiglöckchen . . . Mk. 2,50	Casino No. 19 . . . Mk. 4,-	Gold-Medal . . . Mk. 5,-
	Keine Sorte . . . 3,25	dieselbe 300 Stück franco . . . 1,-	Estrella de Brasil . . . 5,-
	dieselbe, 300 St. franco . . . 9,-	La Premiada . . . 4,35	Magnifico . . . 6,-
	Amerikan Docks . . . 3,50	Vorstenland Import . . . 4,50	Victoria . . . 6,-

Denjenigen Rauchern, die keinerlei Wert auf das Aeusserer einer Cigarre legen,
sondern lediglich auf Qualität sehen, empfehlen wir unsere nachstehenden

Ausschuss-Sorten,

welche ca. 20 Proz. billiger als die rein sortierten Farben sind:

Ausschuss No. 92 Mk. 2,50	Sumatra-Felixunsort. Mk. 4,30	Spezialmarke R. & F. . . Mk. 5,60
Ausschuss 81 . . . 3,80	Ausschuss III B . . . 5,-	Havana Fehlfarben . . .
Ausschuss 82 . . . 4,20	Mexico-Ausschuss . . . 5,-	früher Mk. 19,-, jetzt . . . 7,50

zu Mk. 1,50 per 100 Stück, hiervon 500 Stück Mk. 7,- franco;
ferner 100 Stück zu Mk. 2,-, 2,50, 3,30, 4,50.

Cigarillos

Ausführliche Preisliste versenden wir auf Wunsch.

Versand nicht unter 100 Stück von einer Sorte gegen Nachnahme, von 200 Stück an portofrei.
Bei 1000 Stück 5 % Rabatt. Nicht Zusagenes nehmen wir auf unsere Kosten zurück.
zu 70 Pf. Mk. 1,-, 1,20, 1,50, 2,-, 2,40, 3,- per 100 Stück,
mit oder ohne Mundstück, von 1000 Stück an franco.

Rauscher & Fabisch, Berlin NW., Fabrikgebäude, 1. Etage.

Lieferanten zahlreicher Offiziers-Kasinos, Kantinen, Beamten-Vereine etc.
Vorteilhafteste Bezugsquelle für Händler!
Friedrichstr. 94.